

Wirtschaftliche und soziale Umbrüche zwischen den Weltkriegen

Roman Spiss

Orientierungswissen

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde Tirol wie auch der Gesamtstaat zerrissen und dadurch wirtschaftlich schwer beeinträchtigt. In den Jahren unmittelbar nach dem Krieg wurde die sehr schlechte Ernährungslage der Bevölkerung ein zentrales Thema. Der scharfe Gegensatz zwischen den ProduzentInnen und den KonsumentInnen von Nahrungsmitteln konnte durch Landtag und Landesregierung, in denen die Bauern dominierten, nicht überbrückt werden. Die fortschreitende Entsolidarisierung kam vor allem im Schmuggel der knappen Lebensmittel ins Ausland und im blühenden Schleichhandel zum Ausdruck, der auf die großen Unterschiede zwischen den von den Behörden festgesetzten Preisen und den viel höheren auf dem Schwarzmarkt bezahlten Summen zurückzuführen war. Die angespannte Lage hatte eine Zunahme des Antisemitismus, aber auch eine überaus starke allgemeine Fremdenfeindlichkeit zur Folge. Die Situation wurde vor allem in Innsbruck noch durch den Umstand verschärft, dass die Landeshauptstadt die größte Wohnungsnot aller österreichischen Städte verzeichnete und noch Ende der zwanziger Jahre viele BewohnerInnen in Baracken und alten Waggons untergebracht waren.

Die wirtschaftlichen und sozialen Probleme haben sich durch die galoppierende Inflation zugespitzt, die im Sommer 1922 ihren Höhepunkt erreichte. Diese war auf die hohen Budgetdefizite, die stark passive Zahlungsbilanz und die Kapitalflucht aus Österreich zurückzuführen. Die Geldentwertung förderte das Spekulantentum von „Inflationshaien“ und „Schiebern“, Verlierer waren viele Angehörige des Mittelstands, denen ihr Vermögen abhanden kam und die sich oft nur mehr an alte Titel und Erinnerungen klammern konnten. Deren sozialer Abstieg war eine der wesentlichen Ursachen für den Ruf nach einer „starken Hand“ oder nach dem „starken Mann“.

Die Völkerbundanleihe vom Herbst 1922 zog zwar die Sanierung der Währung nach sich, das Kapitel Inflation fand mit der Einführung der Schillingwährung im Jahr 1924 auch formal seinen Abschluss. Die Regierung hatte sich in den Genfer Protokollen vom 4. Oktober 1922 aber verpflichten müssen, den Staatshaushalt mit Hilfe umfassender Reformen ins Gleichgewicht zu bringen. In der Folge betrieben Staat und Bundesländer eine Sparpolitik, an der man trotz hoher Arbeitslosigkeit auch in den dreißiger Jahren festhielt. Eine Analyse der Zugehörigkeit der Beschäftigten Tirols

zu den drei Wirtschaftssektoren zeigt, dass der Sektor Land- und Forstwirtschaft in der Zwischenkriegszeit dominierend blieb und die Bereiche Industrie, Gewerbe und Dienstleistungen nur allmählich an Bedeutung gewannen: Zwischen 1910 und 1923 konnte der primäre Sektor sein Niveau bei ca. 53 % halten und ging bis 1934 auf 46,8 % zurück, im Jahr 1939 waren es immer noch 44,9 %. Die Struktur der Landwirtschaft war durch die Dominanz von Klein- und Kleinstbetrieben gekennzeichnet. Im Jahr 1928 hielten nicht weniger als 69,5 % der Bauern nur 1–5 Kühe, weitere 21,1 % besaßen 6–10 Stück. Von den im Jahr 1930 ermittelten Betrieben waren fast ein Fünftel Zwergbetriebe mit weniger als 2 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Stärker noch als die Landwirtschaft waren Industrie und Gewerbe davon betroffen, dass nach dem Ersten Weltkrieg der Tiroler Wirtschaftsraum durch die Brenner- und Reschengrenze zerschnitten worden war. Der Industrialisierungsgrad des Landes war allerdings gering, Tirol lag im Jahr 1922 vor Salzburg an der vorletzten Stelle der österreichischen Bundesländer. 5 % der Gewerbe- und Industriebetriebe Österreichs befanden sich in Tirol, in diesen waren nur 3,7 % der im sekundären Sektor des Gesamtstaats Beschäftigten tätig. Im Zuge der Sparpolitik nach der Währungsanierung brach die Inlandsnachfrage zusammen, die Exporte litten unter der Kontingentierungs- und Schutz Zollpolitik der Handelspartner. Daraus resultierte ein schleichender, aber doch konstanter Entindustrialisierungsprozess. Im Tiroler Gewerbe wurde vor allem für den lokalen Bedarf produziert, in den im Vordergrund stehenden Kleinbetrieben waren durchschnittlich drei bis vier Gehilfen beschäftigt.

Wie die schlimme Ernährungslage nach dem Krieg hatte auch die Inflation zu stark fremden- und vor allem tourismusfeindlichen Strömungen im Land geführt, zumal AusländerInnen aufgrund ihrer härteren Währungen extrem billig in Tirol leben konnten und sich viele Einheimische dadurch provoziert fühlten. Ab 1923 wurde eine moderne Fremdenverkehrswerbung geschaffen, die wesentlich zum Aufschwung der Tourismusbranche beitrug. In den Jahren 1922–1928 verdoppelte sich die Zahl der Beschäftigten, im Jahr 1930 wurde mit mehr als 3 Millionen Nächtigungen der Spitzenwert der Ersten Republik erreicht. Der Ausländeranteil betrug rund 60 Prozent, auf Tirol entfiel ca. 1/3 des gesamtösterreichischen Fremdenverkehrs.

Die Weltwirtschaftskrise erfasste Tirol dann zu Beginn der dreißiger Jahre voll: „Die Talfahrt der Wirtschaft und damit auch der Industrie war in jenen Jahren

atemberaubend. Von den 180 größeren Betrieben des Jahres 1922 waren 1931 nur mehr 163 vorhanden. Mit 8.765 Arbeitern hielten diese Betriebe nur mehr 73 % des Standes vom Jahre 1922. Der Bergbau war gegenüber 1922 auf 36 %, die Holzindustrie auf 41 %, die Zementindustrie auf 44 % des Beschäftigtenstandes von 1922 reduziert.¹ Konnten in den Gewerbebetrieben Lohnverluste noch durch zahlreiche Überstunden einigermaßen ausgeglichen werden, so führte die Kurzarbeit in vielen Industriebetrieben zu starken Lohnkürzungen bei gleich bleibenden Lebenshaltungskosten. Diese waren in Tirol außerordentlich hoch und lagen in Innsbruck 16 % über jenen von Wien. Besonders stark von der schweren Krise betroffen war das Unterinntal mit den Gemeinden Wattens, Schwaz, Kirchbichl, Wörgl und Häring mit ihren Schwerpunkten im Bereich Metallindustrie und Bergbau.

Die am 1. Mai 1933 im nationalsozialistischen Deutschland in Kraft tretende „1000-Mark-Sperre“ bedeutete für die hoch verschuldete Tourismusbranche „ein Dichtmachen der Grenze zu Deutschland, zumal die 1000 Mark, die zu zahlen waren, ATS 1680 entsprachen, wobei [...] ein Tag Vollpension damals z. B. im „Gaspingerhof“ in Gerlos ATS 6–8 kostete.“² Vom Sommer 1932 auf den Sommer 1933 verdreifachte sich die Zahl der Arbeitslosen im Hotel-, Gast- und Schankgewerbe. Tirol verzeichnete als Folge der Tausend-Mark-Sperre die stärksten Tourismuseinbrüche aller österreichischen Bundesländer. Viele Betriebe gingen in Konkurs, zahlreiche Arbeitsplätze gingen verloren, aber auch Zulieferer standen vor dem Ruin.

Hatten die Bauern im Jahr 1929 noch 30 Groschen für den Liter Milch bekommen, so erhielten sie nach einem rasanten Preisverfall im Jahr 1933 ein Drittel weniger, was viele Betriebe in eine Schuldenfalle trieb; selbst zur Deckung von Grundbedürfnissen mussten Kredite aufgenommen werden. Hofübernehmer begannen aufgrund der sehr hohen Gebühren und Steuern meist von vornherein mit einer drückenden Schuldenlast.

Die Arbeitslosigkeit nahm im Ständestaat (1934–1938), der die Deflationspolitik konsequent fortsetzte, kaum ab. Sie blieb vor allem im Gegensatz zu Deutschland sehr hoch, zumal Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nur halbherzig gesetzt wurden. Der erwartete Multiplikatoreffekt war aufgrund der sehr niedrigen Löhne gering und verpuffte nach Beendigung der Bauarbeiten meist rasch. Technikfeindschaft und Antikapitalismus sind kennzeichnend für diese Zeit, der „Ständestaat“ entsprach der Mentalität von Unternehmern, deren hervorstechendste Eigenschaft es war, nichts zu unternehmen.³ Im Jahr 1937 erhielten zudem nur ca. $\frac{3}{4}$ der im Jahresschnitt vorgemerkten Arbeitslosen eine finanzielle Unterstützung. Obwohl die „1000-Mark-Sperre“ im Jahr 1936 aufgehoben wurde, blieben die Nüchternungszahlen deutlich unter jenen des Jahres 1932. „Brot und Arbeit“ erwies sich damit weiter als die zugkräftigste Parole des Nationalsozialismus.

Große Teile der Bevölkerung standen der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung nach dem „Anschluss“ im März 1938 betont positiv gegenüber, zurückzuführen vor allem auf die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Tirol konnte „mit Vorarlberg und Salzburg am schnellsten und effektivsten die Arbeitslosigkeit beseitigen. Die Arbeitslosenrate in Tirol sank von Dezember 1937 bis Dezember 1938 von 24,7 % auf 2,3 %, sodass man von Vollbeschäftigung im Winter [sic!] 1938 sprechen kann.“⁴ Im Sommer 1938 machte sich sogar ein Facharbeitermangel bemerkbar, im Frühjahr 1939 gab es auf dem Tiroler Arbeitsmarkt bereits einen enormen Mangel an Arbeitskräften.

In den Straßenbau wurden in Tirol im ersten Jahr 16 Millionen Reichsmark investiert (dreieinhalb mal mehr als 1937), weitere 7 Millionen RM flossen 1938 im Gau Tirol-Vorarlberg in den Wohnungsbau. Dennoch gelang es den neuen Machthabern nicht, den Wohnungsmangel in den Griff zu bekommen. Die Ausgaben für die öffentliche Bautätigkeit verfünffachten sich in Tirol-Vorarlberg im Jahr 1938 gegenüber dem Vorjahr.

Aufgrund eines Kaufbooms machten die Tiroler Konsumgüterindustrie und der Handel nun sehr gute Geschäfte. Die Zahl der „Fremdenmeldungen“ stieg im Sommer 1938 gegenüber dem Vorjahr um 82 %, jene der Übernachtungen um immerhin 59 %. Damit erfüllten sich auch größtenteils die Hoffnungen des stark verschuldeten Gastgewerbes, in dem sich der Schwerpunkt aber immer mehr Richtung Massentourismus verlagerte. Dem Gau Tirol-Vorarlberg wurde von den Zentralstellen neben der Funktion eines Erholungsraums noch die eines Stromlieferanten für das Reich zugewiesen. Im Spätherbst 1938 nahm man mit dem Innkraftwerk Kirchbichl das erste große Flusskraftwerk Tirols in Angriff, ebenso die Wasserkraftanlage Stillup-Bösdornau im Zillertal.

Die stark untermechanisierte Landwirtschaft erfuhr einen Mechanisierungsschub und sollte in Hinblick auf den angepeilten Krieg deutliche Ertragssteigerungen erzielen. Viele der sozial besonders schlecht gestellten LandarbeiterInnen verließen die Landwirtschaft, ihre Zahl ging im Herbst 1938 gegenüber dem Vorjahr um 8 % zurück. Von der propagandistisch besonders stark ausgeschlachteten „Entschuldungsaktion“ war jeder fünfte landwirtschaftliche Betrieb des Gaus Tirol-Vorarlberg betroffen. Tatsächlich fand nur eine Umschuldung statt, die Kreditlaufzeit verlängerte man, die Zinsen und Tilgungsraten wurden vermindert.

Das Führerprinzip wurde auch auf den Wirtschaftsbetrieb ausgedehnt, in den Mittelpunkt stellte man den Gedanken der Leistungssteigerung. Die letzten Reste der Arbeitnehmerschaftsvertretung wurden zerschlagen, die Deutsche Arbeitsfront (DAF) sollte die Integration der Arbeiterschaft in das NS-System bewerkstelligen, ihre Unterorganisation „Kraft durch Freude“ (KdF) die fehlende Sozialpolitik ersetzen. Dort propagierte man zwar billige Fernreisen, tatsächlich kamen die meisten Beschäftigten aber nur in den Genuss von Kurausflügen und Feierabendveranstaltungen. Mit 1. Oktober 1938

1 SCHOBER, Tirol zwischen den Weltkriegen, 178

2 Ebd., 284

3 SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, 397

4 SCHREIBER, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 38

wurden der dem Militärdienst vorangestellte sechsmo-
natige Reichsarbeitsdienst (RAD) sowie das „weibliche
Pflichtjahr“ eingeführt. Die jungen Frauen arbeiteten
vor allem in der Landwirtschaft, die Burschen bei der
„inneren Kolonisation“ (z. B. Entwässerungsarbeiten,
Flussregulierung) und dem Straßenbau.

Zu Jahresende 1938 begannen die Realeinkommen zu
sinken, und die Klagen über die hohe Lohnsteuer, die
erhöhten Krankenkassenbeiträge, die DAF-Beiträge
und die vielen Geldsammlungen der Partei und ihrer
Gliederungen nahmen zu. Auf der anderen Seite gab es
einen starken Anstieg der Preise bei den Konsumgütern
und eine allgemeine Verknappung vieler Artikel. Tirol-
Vorarlberg zählte zwar zu den Gauen mit den geringsten
Realeinkommen, die Lebenshaltungskosten lagen
aber deutlich über jenen benachbarter Gebiete.

Während des Krieges sollten sich die Arbeitsbedingun-
gen in den Betrieben weiter massiv verschlechtern. Die
angespannte Arbeitsmarktlage konnte nur mehr durch
den Einsatz zahlreicher Kriegsgefangener und Zwangs-
arbeiterInnen bewältigt werden, die man regelrecht als
Arbeitssklaven einsetzte. Die Militarisierung der Arbeit
schlug sich nun auch sprachlich in Begriffen wie Ern-
teschlacht, Arbeitsschlacht oder Soldaten der Arbeit
nieder.

Die Arisierung war im Gau Tirol-Vorarlberg bis zum
Kriegsbeginn weitgehend abgeschlossen. Die fünf in
jüdischem Besitz befindlichen Tiroler Industriebetrie-
be gingen vorwiegend in reichsdeutsche Hände über.
Zudem wurde die Arisierungsstelle in Innsbruck in
ca. 140 weiteren Fällen tätig, wovon sowohl Privat- als
auch Betriebsvermögen von Tiroler und Vorarlberger
Juden betroffen war. Kaum einer der früheren Besitzer
sollte nach 1945 wieder in die ehemalige Heimat zu-
rückkehren.

Methodisch-didaktische Überlegungen

Die ökonomischen Rahmenbedingungen haben im
fraglichen Zeitraum die politische Entwicklung beson-
ders stark beeinflusst. Die Thematik ermöglicht aber
vor allem eine Auseinandersetzung mit der Lebenssi-
tuation breiter Schichten der Bevölkerung auch abseits
statistischen Zahlenmaterials, hinter dem sich die Ein-
zelschicksale verbergen:

Was bewegt den Inflationsverlierer, wie wohnen viele
Eisenbahnerfamilien Innsbrucks, unter welchen Bedin-
gungen müssen in der Tiroler Textilindustrie Beschäf-
tigte arbeiten? Warum fordert die sozialdemokratische
Volks-Zeitung im August 1922 das Ende für den Frem-
denverkehr in Tirol? Wie können tausende kinderreiche
Tiroler Kleinbauernfamilien mit zwei Kühen, einem
Schwein, ein oder zwei Ziegen und einigen Hühnern
das Auslangen finden? Wie reagiert der Landecker
Metzgermeister auf die schwere Wirtschaftskrise und
was berichten das christlichsoziale, das sozialdemokra-
tische und das deutschnationale Blatt darüber? Warum

drohen die nationalsozialistischen Behörden Schleh-
rern aus Kitzbühel mit dem Konzentrationslager?
Fragen wie diese und die Suche nach Antworten ma-
chen Geschichtsunterricht spannend und lebendig!

Lernziele

Die SchülerInnen sollen

- die sozialen und ökonomischen Veränderungen in
Tirol zwischen den Weltkriegen erkennen und die
Wirtschaftsstruktur des Landes im Vergleich mit
den anderen Bundesländern richtig einordnen kön-
nen.
- mit Hilfe der Materialien einen Überblick über das
von ihnen zu bearbeitende Thema geben können,
also eine Rekonstruktion der Ereignisse aufgrund
der vorhandenen Quellen versuchen.
- den Einfluss historischer Erfahrungen (z. B. ga-
loppierende Inflation der zwanziger Jahre) auf das
Denken der Menschen und das Handeln der Politik
verstehen (rigoroser Sparkurs, Deflationspolitik der
dreißiger Jahre).
- Texte effizient lesen lernen, Interpretationen versu-
chen und selbst Fragen stellen.
- die Perspektivität von Quellen erkennen (z. B. M
15, M 18, M 21); Ansichten und Absichten der
AutorInnen spiegeln sich also im Text wider.
- lernen, Statistiken richtig zu lesen. Es handelt sich
dabei um eine Kompetenz, die nicht oft genug train-
iert werden kann: Das Lesen, Vergleichen und
Interpretieren wirft aber vor allem Fragen auf und
kann Interesse wecken!
- immer wieder dazu gebracht werden, Vergleiche mit
der heutigen Situation zu ziehen (z. B. beim Thema
Hunger nach dem Ersten Weltkrieg).

Einstieg

Mit den SchülerInnen werden anhand der Unterlagen
M 1 bis M 4 die wichtigsten sozioökonomischen Ver-
änderungen in Tirol zwischen den Weltkriegen analy-
siert; die Wirtschaftsstruktur des Landes wird mit den
anderen Bundesländern verglichen.

Um das Zahlenmaterial besser einordnen zu können,
bieten sich auch Recherchen zur aktuellen Bevölke-
rungszahl, Geburten- und Sterberate, Säuglingssterb-
lichkeit und zum Anteil der Beschäftigten in den drei
Wirtschaftssektoren an.

Arbeitsphase

Die SchülerInnen setzen sich in arbeitsteiligen Grup-
pen mit den verschiedenen Quellentexten auseinander.
Sie beantworten die folgenden Fragen und halten die
Gruppenergebnisse auf Plakaten fest.

Gruppe 1: Die Hungerjahre nach dem Ersten Weltkrieg und die galoppierende Inflation der Jahre 1920–1922 (M 5 bis M 15)

- 1) Welche Mittel werden von der Politik angewandt, um gegen die Versorgungsprobleme anzukämpfen?
- 2) Welche Argumente werden von ihr ins Spiel gebracht?
- 3) Wen macht das Personal der Bundesbahnen in seiner Entschließung für die katastrophale Wohnungsnot in Innsbruck verantwortlich?
- 4) Welche Bevölkerungsgruppen zählten zu den Inflationsverlierern, welche zu den Gewinnern?
- 5) Welche Rückschlüsse können aus M 10 und M 11 über die Ernährungsgewohnheiten breiter Bevölkerungsschichten gezogen werden?
- 6) Wie kann die ausländerfeindliche Stimmung des Jahres 1922 erklärt werden?

Gruppe 2: Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, Teil I (M 16 bis M 23)

- 1) Welche Zahlen in M 16 bringen die Dramatik der wirtschaftlichen Situation in Tirol im Gefolge der Weltwirtschaftskrise besonders gut zum Ausdruck?
- 2) Wodurch war die Ernährungssituation in Tiroler Arbeitslosenhaushalten gekennzeichnet?
- 3) Worin unterscheiden sich die Lebensverhältnisse Tiroler TextilarbeiterInnen in Zeiten der Hochkonjunktur von jenen im Jahr 1932?
- 4) Mit welcher Intention wurden die Zeitungsartikel M 18 und M 21 verfasst?
- 5) Wie haben sich die Übernachtungen in Tirol aufgrund der „Tausend-Mark-Sperre“ entwickelt?
- 6) Welcher Eindruck wird in M 23 über die Situation der Tiroler Bauern vermittelt? Mit welchen Schlagworten könnte man deren Forderungen am ehesten auf den Punkt bringen?

Gruppe 3: Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise, Teil II (M 24 bis M 29)

- 1) Aus welcher Perspektive wurde der Zeitungsartikel M 24 verfasst?
- 2) Welches Bild vermittelt die Quelle M 25 über die Auswirkungen der Wirtschaftskrise im Tiroler Oberland auf die angesprochenen Bevölkerungsgruppen?
- 3) Welche Aussagen bringen die Radikalisierung von vielen Landecker Handels- und Gewerbetreibenden bereits im Jahr 1931 zum Ausdruck?
- 4) Mit welchen Schlagworten könnte man deren Forderungen am ehesten auf den Punkt bringen? Handelt es sich um konstruktive Lösungsansätze?
- 5) Woran scheiterte das Wörgler Schwundgeldexperiment? Mit welchem Denkansatz wollte man einen Ausweg aus der Krise finden?
- 6) Wie reagierten Bund und Land mit ihrer Budgetpolitik auf die schwere Wirtschaftskrise (M 28 und M 29)?

Gruppe 4: Vom „Anschluss“ zum Kriegsausbruch (M 30 bis M 38)

- 1) Wie entwickelten sich die Arbeitslosenzahlen und die Übernachtungen nach dem „Anschluss“?
- 2) Warum wurde Tirol im Jahr 1938 zum Konsumparadies für deutsche TouristInnen?
- 3) Welche zentralen Elemente charakterisieren den Aufruf von Reichskommissar Josef Bürckel (M 33)?
- 4) Warum gerieten Schilehrer aus Kitzbühel ins Visier der NS-Behörden?
- 5) Welche Ziele verfolgte Reichsorganisationsleiter Dr. Ley mit seiner Rede in Innsbruck?
- 6) Inwiefern sollten Reichsarbeitsdienst, der Ernteinsatz der StudentInnen und auch die Mitglieder der Industrie- und Handelskammer als UnternehmerInnen zumindest theoretisch den Gedanken der Volksgemeinschaft zum Ausdruck bringen? Welche Funktion wurde ihnen aber tatsächlich zugeschrieben?

Sicherung und Transfer

Abschließend soll eine Präsentation und Diskussion der Ergebnisse der Gruppenarbeiten erfolgen. Es bietet sich an, auch ZeitzeugInnen einzuladen, welche über ihre Erfahrungen berichten, oder ein Oral-History-Projekt zu starten.



Materialien

M 1 Entwicklung der Einwohnerzahl im Bundesland Tirol 1920–1939

Jahr	Einwohner
1920	305.916
1923	313.686
1934	351.174
1939	370.905

RIEDMANN, Das Bundesland Tirol, 901

M 2 Bevölkerungsbewegung in den österreichischen Bundesländern zwischen 1910 und 1939 (in %)

	W	Nö	Bl	Oö	St	K	Sb	T	Vb
1910–1939	-15,0	2,1	-1,4	8,7	6,0	12,1	19,8	19,4	8,9

MATHIS, Die österreichische Wirtschaft, 450

M 3 Veränderung bevölkerungsgeographischer Kennziffern im Bundesland Tirol 1919–1937

	Säuglingssterbl.	Sterberate	Geburtenrate
1919/22	139	17,6	25,3
1923/25	111	14,8	25,0
1926/30	100	14,6	22,4
1931/33	76	12,8	19,9
1937	66	11,5	17,1

RIEDMANN, Das Bundesland Tirol, 901

Säuglingssterblichkeit: Im ersten Lebensjahr Gestorbene, bezogen auf 1.000 Geburten

Sterberate: Zahl der Sterbefälle auf 1.000 EinwohnerInnen

Geburtenrate: Zahl der Geburten auf 1.000 EinwohnerInnen

M 4 Anteil der Beschäftigten in den drei Wirtschaftssektoren in den Jahren 1910 und 1934 (in %)

Sektoren 1910	W	Nö	Bl	Oö	St	K	Sb	T	Vb
Primär	0,9	52,0	63,8	59,5	57,3	61,8	51,1	53,8	36,2
Sekundär	48,2	29,1	25,8	22,8	24,0	20,3	22,5	22,1	45,8
Tertiär	50,9	18,9	10,4	17,7	18,7	17,9	26,4	24,1	18,0
Sektoren 1934	W	Nö	Bl	Oö	St	K	Sb	T	Vb
Primär	1,1	47,9	69,4	53,1	53,7	53,3	45,4	46,8	36,2
Sekundär	47,2	32,7	19,2	27,2	25,1	25,5	24,7	25,0	40,1
Tertiär	51,7	19,4	11,4	19,7	21,2	21,2	29,9	28,2	23,7

MATHIS, Die österreichische Wirtschaft, 449



M 5 Aufruf der Tiroler Landesregierung an die Bauern, der Stellungspflicht von Nahrungsmitteln nachzukommen (Februar 1919)

An die Landwirte Tirols!

Die Landesregierung erläßt folgenden Aufruf:

Ich mache darauf aufmerksam, daß die Schweizer Regierung ihre bisherigen Lieferungen von Mehl und anderen Lebensmitteln, die dem Lande die volle Ausfolgung der festgesetzten Brot- und Mehlmenge in den letzten Wochen ermöglicht hat, an die Bedingung knüpft, daß im Lande Tirol jedermann auch seine Lieferungspflicht von Nahrungsmitteln erfüllt.

Die Gemeindevorstehungen, Seelsorger und alle Menschenfreunde werden deshalb ersucht, auf diese Lieferungspflichtigen einzuwirken und dieselben unter Hinweisung auf die erschreckende Zahl der infolge ungenügender Ernährung sterbenden Säuglinge und Mütter auch zu freiwilligen Lieferungen zu veranlassen, insoweit das anders möglich ist.

Sie retten dadurch armen Kindern das Leben und ermöglichen der notleidenden städtischen Bevölkerung das Durchhalten in dieser schwierigsten Zeit, die das Land Tirol jemals durchgemacht hat. Als Tirol vorigen Jahres vor einer Hungersnot stand, wurden im Nachbarlande Bayern über seine Bitte Nahrungsmittel, besonders Kartoffeln gesammelt und dem Lande Tirol übergeben. Die gleiche Bitte richte ich heute an alle Tiroler, überzeugt, daß das deutsche Herz des Tirolers ebenso fühlt, wie das unserer Brüder in Bayern.

Schraffl, Landeshauptmann

Innsbrucker Nachrichten, 11. Februar 1919

M 6 Verlautbarung der Tiroler Landesregierung zur Sicherung der Lebensmittelversorgung (März 1919)

Die Tiroler Landesregierung hat in der Sitzung vom 26. März d. J. einhellig folgenden Beschluß gefasst:

Bei den letzten Viehstellungen haben einige Bezirke ihrer Stellungspflicht nicht Genüge geleistet. Daraufhin haben auch andere, wenigstens teilweise stellungswillige Bezirke der Behörde erklärt, ins solange die Säumigen nicht zur Pflichterfüllung gezwungen werden, auch ihrerseits jede Lieferung von Nahrungsmitteln einzustellen. Die Landesregierung hat daher beschlossen, die Säumigen mit allen Mitteln, im Notfalle mit Waffengewalt zur Erfüllung ihrer pflichtgemäßen Lieferungen zu zwingen.

Die Landesregierung fühlt sich verpflichtet, im Wege der öffentlichen Warnung durch die Presse alles zu tun, damit die Säumigen im letzten Augenblick sich ihrer Pflicht erinnern, bevor schweres Unglück über die Bevölkerung hereinbricht. Andererseits hat die Landesregierung auch die Verfügung getroffen, daß die abgelieferten Nahrungsmittelmengen vollständig gerecht und gleichmäßig verteilt werden und daß insbesondere in der Stadt Innsbruck die bisherigen Unzukömmlichkeiten abgestellt werden. Auch Fleisch wird fortan in Innsbruck an die Konsumenten nur gegen Karten und im Kartenausmaße abgegeben, wodurch der Versorgung der Gastwirte und der Privaten im Schleichhandel zu Überpreisen nachdrücklichst entgegengetreten wird. Die in den letzten Tagen erfolgten zahlreichen Abstrafungen zu Geld- und Arreststrafen beweisen den Ernst und den Willen der Landesregierung, ihre Autorität allen gegenüber zu wahren und die Ernährung der breiten Massen der Bevölkerung zu sichern.

Innsbrucker Nachrichten, 29. März 1919

**M 7** Der Gemeindeausschuss Hall diskutiert über die Ernährungslage (März 1919)

Nach Erledigung von Personalien [...] berichtete Bürgermeister Schlögl, daß die Ernährungsverhältnisse sich immer schwieriger gestalten. Brot und Mehl sei zwar annähernd gesichert, doch die Fleisch- und Fettversorgung lasse alles zu wünschen übrig. Die Ausgabequote pro Person wird wöchentlich je nach Anlieferung des Stellviehes festgesetzt. Bei Erörterung der Milchfrage geißelte GA. Krepper scharf das gewissenlose Treiben der Milchhändler und Lieferanten. Er verlangte energische Kontrolle der Milch auf deren Fettgehalt und Zusammensetzung beim Produzenten und Verkäufer. Betreffend Zucker berichtete der Vorsitzende, daß wohl die Aussicht bestehe, für Februar die halbe Ration zu erhalten. Für kleine Kinder, schwangere Frauen, stillende Mütter und Kranke sei noch ein kleineres Quantum als eiserner Vorrat vorhanden. Bei Behandlung der Fleischfrage und des verfügten Verbotes der Wursterzeugung wurde von den Sozialdemokraten der Standpunkt vertreten, daß die Wursterzeugung auf ein Mindestmaß zu reduzieren, unter strenger Kontrolle zu stellen und, um die Verschleppung hintanzuhalten, nur gegen Abtrennung eines Abschnittes der Lebensmittelkarte abzugeben sei.

Innsbrucker Nachrichten, 6. März 1919

GA: Gemeindeausschuss

M 8 In einer Entschließung des Personals der Bundesbahnen Innsbruck werden energische Maßnahmen zur Behebung der katastrophalen Wohnungsnot verlangt (Mai 1922)

Alle Bevölkerungskreise, die ein Interesse haben, der Wohnungsnot entgegen zu treten, könnten [...] nach und nach ihren Teil beitragen zur Behebung der Wohnungsnot und Arbeiter und Kleingewerbe erzielen allerorts Beschäftigung, Handel und manche Industriezweige würden neu belebt, das aufgewendete Geld im Auslande umgesetzt und Werte geschaffen, die ein Vielfaches des Aufwandes darstellen und dem Volke unmittelbar zugute kommen.

Als es sich nun um die Verwirklichung, um die Beschaffung der Mittel handelte, da setzte durch das Finanzministerium hinsichtlich der staatlichen Wohnungsbauten eine unglaubliche Verschleppungstaktik ein, und bezüglich des Wohn- und Siedlungsfonds erklärte der Finanzminister ganz einfach, er habe hierfür kein Geld. [...]

Die Lebenszeit vom Zusammenbruch bis heute ist lange genug; es ist der Beweis erbracht, daß die maßgebenden Faktoren kein Verständnis, ja nicht einmal ein Interesse für die Behebung der Wohnungsnot aufbringen. Wenn einmal kurzerhand diese Herren in die Ställe und Keller, in die Waggonen und in die baufälligen und feuchten Löcher und in den anderen Unterkünften, wo oft fünf und mehr Personen in einem Raum wohnen, schlafen und kochen, einquartiert würden, dann würden diese „Wohnungen“ sie rasch zur Besinnung bringen und die Welt würde staunen, wie schnell die Mittel zur Abhilfe gefunden wären, und wären es auch statt 50 Milliarden 500 Milliarden!

Die Geduld ist zu Ende. Wenn es schon nicht anders geht, so muß Übel mit Übel vertrieben werden. Die Eisenbahnerschaft ist bereit, sich ins Vordertreffen zu stellen, überzeugt, daß sie in dem etwa erforderlichen Kampfe die breiten Schichten der Bevölkerung hinter sich haben wird, die alle in irgendeiner Weise unter dem Wohnungselende leiden.

Innsbrucker Nachrichten, 8. Mai 1922



M 9 Die Inflation in Österreich 1918–1922: Dollarkurs in Wien bezogen auf 1 Goldkrone

30.06.1919	6,0 K
31.12.1919	31,4 K
30.06.1920	29,4 K
31.12.1920	113,6 K
30.06.1921	145,6 K
31.12.1921	1.069,0 K
30.06.1922	3.820,0 K
31.12.1922	14.189,0 K

SCHOBER, Tirol zwischen den Weltkriegen, 28

M 10 Galoppierende Inflation am Beispiel von Lebensmittelpreisen (in Kronen)

Kg	1914	31.7.1922	4.9.1922
Rindfleisch	1,72	10.000	18.000
Schweinefleisch	2,40	10.000	28.000
Weizenmehl	0,54	3.000	11.000
Roggenmehl	0,42	1.960	10.000
Polentamehl	0,34	2.900	9.000
Schwarzes Brot	0,40	1.800	5.600
Erbsen	0,56	800	1.200
Bohnen	0,48	600	2.600
Reis	0,64	600	9.600
Zucker	0,84	6.000	22.000
Roher Kaffee	2,80	16.000	35.000
Feigenkaffee	0,80	4.400	18.000
Tee	8,00	18.000	100.000
Kochsalz	0,20	270	500
Kümmel	1,40	12.000	40.000
Essig	0,20	260	1.800
Speiseöl	2,00	9.000	28.000
4 Eier	0,32	1.800	4.800
Schweinefett	1,86	13.500	32.000
Butter	3,60	16.000	36.000
Margarine	1,42	11.000	20.000
Milch	0,28	1.100	2.400
Topfen	0,64	1.000	7.000
Kartoffeln	0,12	1.200	1.300
Sauerkraut	0,20	600	1.500

Mitteilungsblatt des graphischen Kartells in Innsbruck in Volks-Zeitung, 4. September 1922

M 11 Missverhältnis zwischen Preis- und Lohnentwicklung 1914/1922

Für den Wochenlohn erhält ein Tiroler Buchdrucker-gehilfe im

Jahr 1914	Produkt	2. Septemberwoche 1922
125 l	Milch	56 l
10 kg	Butter	2 ¾ kg
292 kg	Kartoffeln	104 kg
30 kg	Schweinefett	4 ½ kg
21 kg	Rindfleisch	7 ½ kg
15 kg	Schweinefl.	4 ¾ kg
41 kg	Zucker	10 kg
65 kg	Weizenmehl	14 kg
87 Wecken	Brot	24 Wecken
437 Stück	Eier	112 Stück

Mitteilungsblatt des Graphischen Kartells in Innsbruck in Volks-Zeitung, 13. September 1922

**M 12** Der Mittelstand als Inflationsverlierer

Ich lese mit großem Interesse die verschiedenen Vorschläge, die in ihrem geschätzten Blatt hinsichtlich der Sanierung unserer desolaten finanziellen Verhältnisse gemacht werden. Mir kommt vor, daß man dabei ein eminentes Interesse für unseren Mittelstand vollkommen außer acht gelassen hat oder doch solches viel zu wenig würdigt. Es ist dies das Verhältnis der Versicherungsgesellschaften gegenüber ihren Versicherungsnehmern. Die meisten Versicherten gehören dem Mittelstande an. Es sind dies meist Personen, die ihre Frauen und Kinder vor widrigen Zufälligkeiten möglichst sichern wollten. Sie haben Jahrzehnte hindurch ihre Spargroschen den Versicherungsgesellschaften übergeben, in der Hoffnung, ihr Ziel der Versorgung damit zu erreichen. Während die Versicherten vollwertige, ich kann wohl sagen Goldkronen hineingegeben haben, erhalten sie heute Versicherungssummen ausbezahlt, mit denen sich die meisten ein Paar Schuhe kaufen können. Nun damit könnte man sich schließlich abfinden, wenn die Sache nicht auch eine Kehrseite hätte. Die Versicherungsgesellschaften haben die vollwertigen Goldprämien zum Ankauf von Realitäten und anderen Wertobjekten benützt, welche Wertobjekte heute berechnet nach unserem Papiergelde ein Milliardenvermögen darstellen. Die Versicherungsgesellschaften sind daher unter allen Umständen mit ihren Wertobjekten sichergestellt und zahlen andererseits heute den Tausendsten Teil von dem heraus, was sie im Laufe der Zeit von den Versicherten an Prämien eingenommen haben. Das ist eine ganz ungerechtfertigte Bereicherung der großen Versicherungsgesellschaften, und zwar eine Bereicherung zum Schaden der Versicherten. Man könnte mit einer einigermaßen gewaltsamen Auslegung der bestehenden Gesetze die Auszahlung der Versicherungssumme in vollständig entwerteter heutiger Valuta damit umstoßen, daß die Leistung mit der Gegenleistung in keinem Verhältnisse steht und ein solches Rechtsverhältnis gegen die guten Sitten verstoße. Allein, wer wird sich heute einem kostspieligen Prozesse aussetzen mit allen seinen Zufälligkeiten und Ansichten, welche man mehr oder weniger gut oder schlecht begründen kann?

Tiroler Anzeiger, 30. Mai 1922

M 13 Die Inflation lockt TouristInnen an

Die Geldentwertung lockte ausländische Künstler und Intellektuelle an, auch wenn sie nicht viel Geld hatten. In den Sommern 1921 und 1922 war Tirol die Hochburg der Dadaisten: „Den Sommer bringe ich in Tirol; ich werde im Mai dorthin fahren [...]“, schrieb Max Ernst im April 1921. Begeistert schwärmte Tristan Tzara von Tarrenz: „[...] Die Reise kostet weniger als 60 Franken in der dritten Klasse, und für 130 Franken erhalten Sie 10000 Kronen, um einen Monat lang hier zu leben [...]“. 1922 lockte Matthew Josephson seinen lieben Freund Tzara: „Kommen Sie schnell, Eduard und Ernst sind noch hier und drei charmante amerikanische Päderasten. Man wird Sie gut behandeln. Die österreichische Krone fällt auf Nimmerwiedersehen: 4000 zum französischen Franc, 2000 zum Schweizer Franken. Das heißt Francs 2,50 oder Francs 3 pro Tag für 6000 Kronen. Das heißt 180000 Kronen pro Monat oder 90 Francs oder eigentlich gar nichts. Aber ich habe nichts und Du hast nichts. Oder sind Sie jetzt reich, dass Sie nach Österreich kommen?“ Jeden Morgen, vor dem Frühstück, ging man zur Bank, um die ausländische Währung zum jeweils neuesten Kurs gegen Kronen einzutauschen. Mit dem Ende der Hyperinflation war auch „Dada in Tirol“ zu Ende: „Alles geht drunter und drüber. Freundschaften und Ehen gehen in die Brüche. Adieu Tirol für immer.“ Man fand sich auf den Bahnhöfen wieder, auf dem Weg zur fallenden Mark und instabilen Lira.

SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, 375



M 14 Lebensmittelknappheit und Inflation führen zu einer ausländerfeindlichen Stimmung (August 1922)

Wir stimmen auch dem Landwirtschaftsamt zu, wenn es sagt, daß der Bevölkerung endlich einmal die Geduld reißen muß und daß hiedurch Gefahren mit schwer auszudenkenden Folgen für alle Teile Tirols entstehen könnten. Bekanntlich hat die Mißstimmung gegen die Fremden in manchen Teilen Tirols schon einen solchen Grad erreicht, daß Plakate mit Drohworten angeschlagen wurden, so zum Beispiel gestern nachts in Innsbruck, wo sich die Mißstimmung hauptsächlich gegen die zahlreichen Franzosen richtet, die unsere Stadt mit ihrer Anwesenheit beglücken. Die in Innsbruck angeschlagenen Plakate (größtenteils sind sie von der Polizei bereits entfernt worden), hatten folgenden Wortlaut:

„Tiroler! Beherbergt und bewirtet keine Franzosen! Sie sind unsere ärgsten Todfeinde! Sie haben die schwarzen Teufel auf unsere Brüder am Rhein losgelassen, kennen kein anderes Ziel als unseren völligen Untergang und kommen nun in Scharen nach Tirol, um vor unseren Augen unsere bitter notwendigen Lebensmittel zu verpressen.

Ihr alle könnt sie zwingen, Tirol zu verlassen, wenn ihr ihnen keine Bewirtung und Unterkunft mehr gebt! Seid einig in der Tat! Hinaus mit den Franzosen!“

Es ist uns auch bekannt, daß die Landesregierung die Absicht hatte, eben mit Rücksicht auf die gefahrdrohende Stimmung der Bevölkerung gegen die Fremden, an die Bezirkshauptmannschaften einen Erlaß zu richten, in dem sie diese auffordern wollte, die Gefahr von Exzessen gegen die Fremden nicht außer Auge zu lassen und rechtzeitig Vorkehrungen zum Schutze der Fremden zu treffen, andererseits aber den bekannten Ausschreitungen auf dem Lebensmittelmarkte mit rücksichtslosester Strenge entgegenzutreten. Die Landesregierung ist davon abgekommen, diesen Erlaß auszugeben, weil ihr bekannt geworden ist, daß die Fremden durch die bekannten Demonstrationen ohnehin schon zum großen Teil das Land verlassen haben und daß der Fremdenverkehr in den letzten Tagen ganz wesentlich nachgelassen habe.

Innsbrucker Nachrichten, 24. August 1922

M 15 Die sozialdemokratische Volks-Zeitung fordert auf dem Titelblatt das Aus für den Fremdenverkehr (August 1922)

Schluß mit dem Fremdenverkehr!

Hunderttausende fremde Esser bevölkern unser Land. Nicht die gewohnten Gäste aus Deutschland, denen die Teuerung unsere Grenze verriegelt, sondern Leute aus den valutastarken Ländern, die hier in Freuden leben, billig leben, so billig, daß viele von ihnen sich entschlossen haben, so lange in unserem Land zu leben, so lange die für sie gesegneten Zustände eben andauern.

Aber die vielen Esser treiben uns mit unheimlicher Geschwindigkeit dem Zusammenbruch entgegen. Sie nehmen durch die enormen Preise in Kronen, die sie bei dem fortwährenden Steigen ihrer Valuta zahlen können, den einheimischen Konsumenten die Produkte unserer Landwirtschaft weg; sie zehren die eingeführten Lebensmittel auf; sie kaufen die Läden aus.

Wir haben, da fast niemand fremde Valuten abführt die Mittel nicht, die aufgezehrten Lebensmittel und die Rohmaterialien für die aufgekauften Waren zu ersetzen. In wenigen Monaten muß eine furchtbare Not an Mehl, Fett und Reis und anderen Lebensmitteln eintreten, eine Not, die das Volk zur Verzweiflung treiben kann. Je mehr Esser im Land, desto größer die Not. Das Gebot der Selbsterhaltung diktiert allen Bevölkerungsschichten unseres Landes, die von der furchtbaren Verteuerung getroffen werden und die, wenn die Katastrophe hereinbricht, sich nicht aus dem Lande flüchten können, wie es die Valuta-fremden tun werden, die Forderung:

Schluß mit dem Fremdenverkehr!

Die Zahl der Esser muss vermindert werden!

Volks-Zeitung, 18. August 1922

**M 16** Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit in Tirol 1930–1934

Ende d. Monats		Beschäftigte Arbeitnehmer		Vorgemerkte Arbeitslose		
		Anzahl	auf 1.000 Ew.	Anzahl	auf 1.000 Ew.	auf 1.000 Beschäftigte
Jänner	1930	79.472	240	11.977	36	151
Jänner	1931	77.018	229	13.489	40	175
Jänner	1932	69.866	206	16.882	50	242
Jänner	1933	63.905	187	18.822	55	294
Jänner	1934	63.536	181	17.140	49	270
Juli	1930	94.348	282	3.368	10	36
Juli	1931	90.997	270	4.911	15	54
Juli	1932	77.167	228	10.810	32	140
Juli	1933	70.047	205	14.351	42	205
Juli	1934	71.546	204	10.742	31	150

NUSSBAUMER, Tausend-Mark-Sperre, 308

M 17 Ernährungsverhältnisse in Arbeitslosenhaushalten 1933 (Angaben jeweils pro Tag)

	Tirol	Wien	Vorarlberg
Durchschnittlicher Kalorienverbrauch	2.215	2.555	2.580
Davon Kalorienverbrauch durch:			
Fleisch und Wurst	46	244	58
Milch	253	243	358
Getreide	1.117	1.062	1.385
Kosten pro 1000 Kalorien (in Groschen)	33	41	31
Durchschnittseinkommen pro Kopf/Woche (in Schilling)	6	–	6
Durchschnittseinkommen pro Haushalt/Woche (in Schilling)	19	–	21

NUSSBAUMER, Tausend-Mark-Sperre, 310

**M 18** Die Lebensverhältnisse Tiroler TextilarbeiterInnen in Zeiten der Hochkonjunktur (März 1929)

Textilarbeiterelend im heiligen Land Tirol!

Tirol zählt achtzehn Textilbetriebe mit einem durchschnittlichen Arbeiterstand von 3500 Personen, wovon rund 80 Prozent Frauen und Jugendliche sind. Eine der bedauerlichsten Erscheinungen dieser Branche ist, daß von den 3.500 Beschäftigten nur ein ganz geringer Teil organisiert ist – und dies noch in zwei politische Richtungen. Das ist auch gewiß eine Ursache, daß die Lohnverhältnisse in der Textilindustrie fast schlimmer sind, als jene in Indien. Dieser schwach organisierten Arbeiterschaft steht eine gut organisierte Unternehmerorganisation gegenüber. [...]

Bittet eine Mutter, der zugemutet wird, mit 20 S eine dreiköpfige Familie ernähren zu müssen, um mehr Lohn, so wird ihr geantwortet, wenn sie mehr verdienen will, soll sie Überstunden arbeiten. So sehen wir, daß in Tirol die Arbeiterinnen in manchen Betrieben bis zu 60 Stunden und auch noch mehr wöchentlich arbeiten. Wir sehen aber, daß die Verdienste bei 60 Stunden immer noch nicht die Lohnhöhe erreichen, als jene der Arbeiter anderer Bundesländer in 48 Stunden.

Durch das komplizierte Akkordsystem entziehen sich die Unternehmer ihrer Pflicht, die Arbeit bei Überstunden im Akkord mit einem 50prozentigen Zuschlag zu bezahlen. Die Formeln zur Errechnung der Akkordsätze sind in der Textilindustrie so schwer, daß die wenigsten Arbeiter in der Lage sind, sich das selbst auszurechnen. Der Unternehmer erstellt den Akkordtarif ohne Beziehung des Betriebsrates, wozu der Unternehmer auf Grund des Betriebsratsgesetzes verpflichtet wäre. Ja, die Herren Direktoren und Betriebsleiter behaupten kühn, die Errechnung der Akkordsätze sei ihre Sache und gehe den Betriebsrat einen Schmarren an. Es ist gewiß auch eine traurige Erscheinung, daß Betriebsräte zu wenig Wert auf die Forderung, den Akkordtarif mitzuerrechnen, gelegt haben. Der Direktor oder Betriebsleiter, in vielen Betrieben nur ein Theoretiker, errechnet den Akkordsatz für einen bestimmten Artikel nach dem Lohn der besten Arbeiterin, statt nach dem Durchschnittslohn einer mittelqualifizierten Arbeiterin; so ergibt sich hieraus die Tatsache, daß der Akkordsatz zu niedrig angesetzt wird und der Akkordarbeiterin von vornherein eine gute Verdienstmöglichkeit genommen wird. [...]

Die Tiroler Textilbetriebe sind zumeist Betriebe, in denen die Arbeiter gezwungen sind, an alten Maschinen zu arbeiten. Der Großteil der Maschinen sind in einem Zustand, daß der beste Arbeiter bei größtem Fleiß nicht in der Lage ist, eine gute Qualitätsware herauszubringen. In den Sälen sind die Maschinen so eng zusammengepfercht, daß die Bedienung derselben oft eine lebensgefährliche ist. Viele Räume sind nieder, finster und schlecht ventilierbar, was ebenfalls das Schaffen des Arbeiters beeinträchtigt. In einigen Abteilungen gleichen die Fenster Stallfenstern, und die Beleuchtung ist vielfach eine so schlechte, daß z. B. eine Weberin bei ihrer oft heiklen Arbeit außerstande ist, fehlerlose Stücke zu erzeugen. Die Fußböden sind verzogen oder ausgetreten, und die Maschinen sind ebenfalls verzogen, die Lager ausgelaufen und reparaturbedürftig. So sehen wir Maschinen, die schon längst unter das Alteisen gehören, auf denen sich die Arbeiter schinden und abrackern müssen. Die Maschinen werden erst dann repariert, wenn diese betriebsunfähig sind. In vielen Betrieben mangelt es an dem nötigen Personal für die Reparaturwerkstätte und an den hitzenotwendigen Maschinen, so daß die Reparaturen mangelhafte sind und gute Ersatzteile nicht angefertigt werden. [...]

Wie leben die armen Textilarbeiter eigentlich? Wir haben schon erwähnt, daß sie die reinsten Hungerkünstler sind. Ihre Hauptnahrung besteht in der Früh aus schwarzem Kaffee und einem Stück trockenen Brot, mittags einer Brot-, Kartoffel- oder Bohnensuppe, Polenta oder Wirler, des Abends gibt es wieder schwarzen Kaffee oder eine Brot- oder Brennsuppe. Höchst selten wird man bei einer so schlecht entlohnten Arbeiterin eine etwas bessere Nahrung vorfinden, von Fleisch kann gar nicht die Rede sein. Letzteres können sich nur jene Arbeiterinnen leisten, die die Arbeit im Textilbetrieb nur als Nebenbeschäftigung sehen; das sind unsere Bauernmädel, welche für Kost und Logis zu Hause keinen Groschen abgeben müssen; deren haben wir sehr viele, diese sind die eigentlichen Lohndrücker. Es gibt leider eine Menge Arbeiter, die meinen, allen diesen traurigen Verhältnissen vermag kein Mensch beizukommen. Nur ein ganz geringer Teil der Beschäftigten sind der Meinung, daß die Verhältnisse in der Tiroler Textilindustrie nicht so schlecht sein müssten, würden die Arbeiter alle ihrer Organisation angehören.



Wenn von den 3.500 Beschäftigten mindestens 2.000 ihrer Gewerkschaft angehören würden, müßte der Lohn ein höherer und das Arbeiten ein leidlicheres sein. Es könnte nicht vorkommen, daß ein Betriebsleiter einer Arbeiterin mit der Entlassung droht, wenn diese noch einmal bei dem Betriebsrat Beschwerde führt, daß ihr Lohn nicht stimmt. Es wäre nicht möglich, daß dem Betriebsrat untersagt würde, die Lohnlisten zwecks einer Kontrolle abzuschreiben, es wäre aber auch unmöglich, daß einer Arbeiterin von ihrem Elendslohn noch mehrere Schilling als Strafe abgezogen werden, und die tatsächlichen Verdienste im Akkord müßten weit höhere sein. Es ist wohl eine bedauerliche Schande für unsere Unternehmer, wenn man heute nachweisen kann, daß die Löhne der Textilarbeiter auf der Höhe der staatlichen Arbeitslosenunterstützung stehen, ja, das Krankengeld höher als der Lohn einer Akkordarbeiterin ist: Unter solchen Umständen darf kein Unternehmer klagen, wenn in seinem Betrieb zu viele Kranke sind, auch daran ist er selbst schuld. Die Krankenziffer ist bei den Textilarbeiterinnen eine erschreckende, besonders die Zahl der Tuberkulosekranken ist eine enorm hohe. Alle diese Mißstände kann nur die Arbeiterschaft selbst beheben, aber nur durch eine geschlossene Organisation kann es erreicht werden. Solange die Arbeiter aus Furcht vor dem Unternehmer oder aus reiner Interesselosigkeit der Organisation fernstehen, solange werden sie wie die Sklaven entlohnt und behandelt werden. Es nützt kein Klagen und kein Jammern, sondern nur die Selbsthilfe durch Zusammenschluß aller arbeitenden Menschen.

Volks-Zeitung, 30. März 1929

M 19 Die soziale Lage der TextilarbeiterInnen im Jahr 1932

Die soziale Lage der Textilarbeiter war 1932 Gegenstand einer Umfrage der Arbeiterkammer in zehn Tiroler Betrieben unter 556 Beschäftigten, immerhin 20 % der in dieser Branche tätigen Personen. Durch die geringen Löhne und die Kurzarbeit waren die wirtschaftlichen und kulturellen Verhältnisse der Textilarbeiter auf ein außerordentlich tiefes Niveau herabgedrückt worden. Das durchschnittliche wöchentliche Einkommen der Männer lag bei ATS 28,80, das der Frauen bei ATS 22,20. Nur 2 % der befragten Arbeitnehmer verfügten über Ersparnisse, 53 % hatten Schulden in irgendeiner Form. 45 % hatten keine Schulden, aber auch keine Möglichkeit, für Notfälle wie Krankheit und ähnliches auch nur mit geringsten Beträgen vorzusorgen. Selbst Wäsche, Kleider und Schuhe mussten auf Raten gekauft werden. 42 % gaben an, mit Ausnahme weniger besonderer Anlässe sich nie Fleisch leisten zu können. Die Nahrung bestand fast ausnahmslos aus Kartoffeln, Suppe und Brot. Es gab keinen einzigen Fall mit täglichem Fleischkonsum. 45 % der Textilarbeiter gaben an, unter irgendwelchen Krankheitsbeschwerden zu leiden. Da es keine ärztlichen Statistiken aus dieser Zeit gibt, ist anzunehmen, dass die Dunkelziffer noch viel höher lag. Von den urlaubsberechtigten Arbeitern gaben 62 %, von den Frauen 79 % an, ihren letzten Urlaub infolge finanzieller Schwierigkeiten ohne besondere Erholungsmöglichkeit zu Hause verbracht zu haben. Nur 13 % der Männer und 10 % der Frauen hatten sich wirklich mit Ausflügen u. ä. erholt. An dieser Umfrage wird der Einfluss von Kurzarbeit und Lohnreduktionen in Krisenzeiten auf die Arbeiterschaft drastisch deutlich.

SCHOBBER, Tirol zwischen den Weltkriegen, 217 f.



M 20 Gesetzestext der „Tausend-Mark-Sperre“ (1933)

REICHSGESETZBLATT Teil 1/Nr. 57

Gesetz über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Österreich. Vom 29. Mai 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§1

- (1) Für jede Reise, die ein Reichsangehöriger mit Wohnsitz oder ständigem Aufenthalt im Inland in oder durch das Gebiet der Republik Österreich unternimmt, wird eine Gebühr von 1000 Reichsmark erhoben. Die Gebühr ist vor Antritt der Reise bei der zuständigen Sichtvermerksbehörde zu entrichten, welche die Entrichtung im Paß vermerkt. Die Gebühr fließt in die Reichskasse.
- (2) Die Vorschriften des Abs. 1 finden auf den kleinen Grenzverkehr keine Anwendung.

§2

Ein Reichsangehöriger, der entgegen den Bestimmungen dieses Gesetzes oder den dazu ergehenden Durchführungsbestimmungen aus dem Reichsgebiet unmittelbar oder auf einem Umwege in das Gebiet der Republik Österreich reist, wird mit Geldstrafe nicht unter 5000 Reichsmark oder mit Gefängnis bestraft.

§3

Der Reichsminister des Inneren erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Bestimmungen; er kann Ausnahmen von den Vorschriften des § 1 Abs. 1 zulassen.

§4

Das Gesetz tritt am 1. Juni 1933 in Kraft.

Berlin, den 29. Mai 1933

Der Reichskanzler Adolf Hitler

Der Reichsminister des Inneren Frick

NUSSBAUMER, Tausend-Mark-Sperre, 312

M 21 Auswirkungen der „Tausend-Mark-Sperre“ auf den Pfingsturlaub 1933 in Kufstein und Reutte

So schlecht wie in diesem Jahr war das Pfingstgeschäft seit Kriegsende noch nie gewesen. So hörte man fast allgemein sagen. Auch die Bundesbahn und die Bergbahnen hatten nur einen relativ mäßigen Verkehr zu verzeichnen.

Geradezu katastrophal klingt ein Bericht aus Kufstein über den Pfingstverkehr. Von dort wird uns geschrieben:

Solche Pfingstfeiertage, wie die heurigen waren, hat die Grenzstadt Kufstein noch nie erlebt! Wenn man auch wußte, daß die 1000-Markverordnung den Fremdenzuzug aus dem Deutschen Reiche schwer drosseln würde, so hoffte man immerhin, daß der erlaubte „Kleine Grenzverkehr“ doch einiges Leben in die Stadt bringen würde. Umso mehr, als ein unbeschreiblich schönes Pfingstwetter war. Doch die Wirklichkeit brachte für Kufstein eine grausame Enttäuschung. Der Abschluß des Fremdenverkehrs aus Deutschland war so vollständig, daß Kufstein einer ausgestorbenen Stadt glich.

Die Straßen, durch die an früheren Pfingsttagen, ja auch an gewöhnlichen schönen Sommertagen, ein Menschenstrom wogte und durch die im Laufe des Tages tausende von Kraftfahrzeugen fuhren, waren leer und ruhig, die Gaststätten, die sonst nicht wußten, wo sie die anstürmenden Gäste unterbringen sollten, waren ohne Gäste. Einige von den Reichsdeutschen besonders bevorzugten Kufsteiner Gaststätten hatten vom Pfingstamstag zum Pfingstsonntag nicht einen neuen Gast anzumelden! Der sonst die Stadt beherrschende deutsche Kraftwagenverkehr war aus dem Bilde der Stadt ausgelöscht. Von



den Gastwirtgärten, aus denen sonst fröhlicher Lieder- und Harfenklang ertönte, gähnten einem die leeren Tische entgegen. Im „Wilden Kaiser“, wohin an so schönen Tagen früher Tausende von luft- und sonnenhungrigen Bergsteigern zogen, war es geradezu unheimlich still, und die gewöhnlich überfüllten alpinen Gasthöfe und Schutzhäuser blieben ohne Besucher. Am Kufsteiner Bahnhof, an dem bei früheren Pfingsten ein lebensgefährliches Gedränge herrschte, rührte sich nichts. Auch der Verkehr der einheimischen Bevölkerung auf der Eisenbahn war sehr schwach. Drei Kassiere konnten bei normalen Pfingstzeiten den Schalterdienst nur schwer bewältigen, diesmal hatte ein Beamter kaum etwas zu tun. Die Gewerbetreibenden und sonstigen Fremdenverkehrsinteressenten – und in Kufstein zählt fast jedermann dazu – sind begreiflicherweise sehr niedergedrückt. Man kann nun verstehen, wie katastrophal die Folgen für das Wirtschaftsleben von Kufstein sein werden, denn die Unterbindung des reichsdeutschen Fremdenverkehrs bedeutet für Kufstein die Tötung des Lebensnerves. Der reichsdeutsche Fremdenverkehr kann in Kufstein überhaupt nie ersetzt werden! [...]

Aus Reutte wird uns geschrieben:

Die Grenzsperrung, die ja den Bezirk Reutte in besonderem Ausmaße betrifft, ruft in der Bevölkerung eine immer verzweifelter werdende Stimmung hervor. Gerade in diesen Tagen erkennt man, was der Verkehr mit dem Deutschen Reiche bedeutet. Ohne ihn ist die Wirtschaft des Bezirkes dem völligen Zusammenbruche preisgegeben. Während in den vergangenen Jahren zu Pfingsten Reutte bis aufs letzte Plätzchen überfüllt war und sowohl alle Hotel- als auch Privatzimmer belegt waren und die fremden Gäste in den Nachbarorten Wohnungen suchen mußten, war diesmal Reutte vollständig leer. Selbst die großen Hotels hatten überhaupt keinen oder höchstens zwei oder drei Leute zum Übernachten. Autos sah man außer den Einheimischen überhaupt keines; nur hie und da fuhr vereinzelt ein Schweizer oder anderer ausländischer Wagen durch.

Ein Gradmesser für die Auswirkung der Reisesperre ist die österreichische Zugspitzbahn, die in den letzten Jahren zu Pfingsten viele Hunderte von Leuten beförderte, in diesem Jahre aber am Sonntag bei dem schönen Wetter sage und schreibe 16 Fahrgäste aufwies. Die Auswirkungen dieses Verkehrszusammenbruches, der sich selbstverständlich auf alle Orte, vor allem auch auf Ehrwald und Lermoos erstreckte, sind nicht abzusehen. Auch die Bauernschaft wird ja dadurch schwer betroffen. Wie sehr aber gerade auch sie von den guten Beziehungen zum Deutschen Reiche abhängig ist, geht daraus hervor, daß im vergangenen Jahre – übrigens so wie in allen Jahren – aus dem Bezirk Reutte über 2.700 Stück Vieh nach dem Deutschen Reiche verkauft wurden. Infolge der Grenzsperrung ist aber nun natürlich auch der Viehhandel unterbunden, so daß auch diese Einnahmequelle für den ohnedies sehr hart kämpfenden Ausföhrner Bauern versiegt. Im ganzen Bezirk und von allen Kreisen wird darum mit stärkstem Nachdruck die Wiederherstellung normaler freundschaftlicher Beziehungen zum Deutschen Reiche gefordert.

Und jenseits der Grenze?

Während so im ganzen Bezirk Reutte während der Pfingstfeiertage eine fast unheimliche Verkehrsstille herrschte, staute sich an der Grenze der ganze Verkehr, der sonst nach Tirol fließt. In Garmisch war schon am Samstag alles überfüllt, die Grenzorte Füssen, Pfronten usw. hatten einen ganz ungewohnten starken Verkehr. In Füssen standen die Autos in langen Reihen in allen Straßen und am Parkplatz beim Schloß Neuschwanstein wurden am Sonntag von den Aufsehern über tausend Wagen gezählt.

Man ersieht daraus nur, daß die von gewisser Seite verbreiteten Nachrichten, die Reichsdeutschen wären in diesem Jahre infolge der Wirtschaftsnot „ohnedies nicht gereist“, unrichtig ist.


M 22 Entwicklung der Übernachtungen in Tirol zwischen 1930/31 und 1934/35 (in 1000)

	1930/31	1931/32	1932/33	1933/34	1934/35
Gesamt	2.421,9	2.676,0	1.587,7	1.293,6	1.788,1
Davon aus					
Wien	410,6	432,1	426,6	469,3	622,7
Sonst. Österreich	371,6	360,0	307,3	334,9	399,4
Deutschland	1.315,0	1.605,1	507,0	36,8	46,5

NUSSBAUMER, Tausend-Mark-Sperre, 316

Die Angaben beziehen sich jeweils auf den Zeitraum vom 1. November bis zum 31. Oktober

M 23 Bericht des Tiroler Anzeigers über die Generalversammlung des Tiroler Bauernbundes in Landeck am 8. Mai 1932

Verzweifelte Lage der Gebirgsbauern. Vielfach schon Viehfutter als Menschennahrung
Die breite Öffentlichkeit in den Städten kennt wohl die Not der Arbeitslosen, sie hört auch davon, daß es jetzt den Bauern schlecht geht, aber sie kann sich darüber doch keine richtigen Vorstellungen machen.

Gestern bekam man etwas Einblick in das kärgliche Dasein der Gebirgsbauern, die von ihren hochgelegenen Hütten und einsamen Berghöhen herabgestiegen waren, um sich in der Generalversammlung des Tiroler Bauernbundes ihr übervolles sorgenschweres Herz einmal auszuschütten. Aus ihren schlichten, aber dabei doch so ernsten Worten entnahm man, daß sie mit ihrer Kraft am Ende angelangt sind. Eine verzweifelte Stimmung hat sich ihrer bemächtigt. Die Bauerngütln sind über Hals und Kopf verschuldet und ihre Produkte können sie zu annehmbaren Preisen nicht absetzen.

Besonders arg liegen die Verhältnisse in den Hochtälern in Osttirol, im Oberinntal und im Außerfern. Mehrere Redner schilderten mit bewegten Worten, daß die Bauern den Weizenschrot, den sie zu verbilligtem Preise zur Viehmästung und Viehfütterung in unzureichender Menge erhielten, selbst gegessen haben, nur um den Hunger stillen zu können. In vielen Bauerngütln kann seit Monaten nicht mehr weißes Salz gekauft werden. Zum Kochen der schmalen Kost wird rotes Viehsalz verwendet!

Ein Delegierter aus Osttirol erzählte einen traurigen Fall von einem Selbstmord des Bauern aus Not, eine Tatsache, die seit Menschengedenken nicht vorgekommen sei. Ein Kleinbauer, Vater von acht erwachsenen Kindern, die alle mitsammen keine Arbeit und keinen Verdienst erhalten konnten, hat sich kürzlich in einem Seitental von Osttirol erschossen!

Besser kann die große Not unserer Gebirgsbauern wohl nicht bestätigt werden!

Das Hauptreferat hielt der bayrische Bauernführer Geheimrat Dr. Heim, der darauf hinwies, man erlebe derzeit den Zusammenbruch des Wirtschaftssystems des Liberalismus:

„[...] Die Zeit der Not macht leider die Menschen leicht dazu geneigt, jemandem zu glauben, der das Maul weit aufreißt und viel verspricht. Wer in der heutigen Zeit das meiste verspricht, ist der größte Schwindler. Die Zusammenhänge der Dinge liegen viel tiefer und sind viel zu kompliziert und es ist unmöglich, daß ein einzelner Mensch diese Dinge wandeln kann. Bauern, bleibt besonnen in eurem Urteil! Wenn der Mist, der jetzt verzapft wird, in Dünger umgewandelt werden könnte, dann hätten wir eine Heuernte, daß wir damit außer den Stadeln sämtliche Kirchen füllen könnten! [...]

Bauern, sucht euch Führer mit reinen Händen, bleibt bei der Scholle, habt Gottvertrauen und Vertrauen zu euren Führern und verlangt nichts, was unerfüllbar ist!“



In verschiedenen Entschlüssen wurden die wichtigsten Forderungen der Bauern zusammengefasst:

- 1) Herabsetzung des Zinsfußes
- 2) Sicherung des Viehabsatzes im Herbst
- 3) Preissenkung bei Bedarfsartikeln
- 4) Regelung der Auswanderung und Beschaffung von Arbeitsmöglichkeiten
- 5) Herabsetzung des Zolls für Kunstdünger
- 6) Unterstützung der Holzbauweise
- 7) Strikte Einfuhrverbote
- 8) Ablehnung der Forderung des Gewerbes, für den Gewerbeantritt den Hauptschulabschluss zu verlangen
- 9) Südtirol nicht vergessen.

Tiroler Anzeiger, 9. Mai 1932

M 24 Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Unterinntal

Über das Unterinntaler Industriedreieck Wörgl-Kirchbichl-Häring ist eine wirtschaftliche Elementarkatastrophe hereingebrochen. Die mehr als tausend Industriearbeiter dieses Gebietes sind ohne jede Beschäftigung. Mit Ausnahme des staatlichen Kohlenbergbaus ist die ganze Industrie dieses Gebietes stillgelegt. Nach der Einstellung der Wörgler Zellulosefabrik und des Egger-Lüthi-Werkes der Perlmooser A.G. im Herbst v. J. hat nun auch der letzte bisher noch arbeitende Betrieb der Perlmooser Zement A.G., das Saullich-Werk in Kirchbichl, seine Angestellten und Arbeiter gekündigt und damit die Stilllegung eingeleitet. Die seit einem Menschenalter betriebene Verarbeitung des Kirchbichler Mergelvorkommens zu Zement ist damit vollkommen eingestellt. Kirchbichl, als Industriegemeinde vollkommen auf die Perlmooser Betriebe eingestellt, dürfte nun eine nahezu 100prozentige Arbeitslosigkeit aufweisen. Kein Haus, keine Familie ohne Arbeitslosen. In vielen Familien sind sämtliche Familienmitglieder arbeitslos. Die Not ist unbeschreiblich groß; nicht minder die Erbitterung der Arbeiter über die skrupellosen Methoden der Perlmooser A.G., von der man behauptet, daß sie heute noch einen Barschatz von 24 Millionen Schilling besitzt aus der Zeit der langjährigen Konjunktur.

Für die nahezu 1.000 Arbeitslosen von Kirchbichl muß in Zusammenarbeit von Bund, Land und Gemeinden irgendeine Arbeitsgelegenheit geschaffen werden als Ersatz für die Perlmooser-Werke, will man nicht eine ganze Gegend der Verzweiflung und grenzenlosen Verelendung zutreiben. Die ganz besonderen Notverhältnisse von Kirchbichl rechtfertigen, ja verlangen geradezu gebieterisch außerordentliche Mittel zur Abhilfe. Bei aller gebotenen Sparsamkeit in den öffentlichen Körperschaften müssen Mittel und Wege zur Linderung der Not und wenigstens teilweise Milderung der Arbeitslosigkeit in dem betroffenen Gebiet gefunden werden. Die vom Lande auf Grund eines Landtagsbeschlusses bereits zugewiesenen Mittel der Winterhilfe leisteten gewiß wertvolle Hilfe, waren jedoch unzureichend.

Volks-Zeitung, 9. März 1932



M 25 Die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf das Tiroler Oberland

Alles in allem ergibt sich für die einzelnen Wirtschaftszweige das folgende Bild:

* Für die Kleinbauern änderte sich durch die Wirtschaftskrise noch am wenigsten. Die meisten hielten zwei bis drei Stück Vieh, ein Schwein, wenige Ziegen und Hühner. Einige Zeitzeugen erzählen denn auch, daß man sich heute nicht vorstellen könne, wie man damit eine Familie über Wasser halten kann. Auf den Tisch kamen in diesen Familien vor allem Kartoffeln und Milch. Zusatzeinkommen ergaben sich durch den Verkauf von Obst und Schnaps und durch die Vermietung von Räumlichkeiten, wobei man aber meist ohnehin aufgrund der hohen Kinderzahl unter beengten Wohnverhältnissen litt. Eine Reihe von Kleinbauern war dem großen Eisenbahnerabbau zum Opfer gefallen, verfügte nun aber über eine kleine Pension. Für jene Höfe, die verschuldet waren, stellte die Bezahlung des Zinses eine unglaubliche Belastung dar. Betriebe, die zu wenig Futter für ihr Vieh hatten, stellten es bei anderen Bauern unter, welche dafür in diesem Zeitraum die Milch behalten durften. Die von vielen gewünschte Umstellung auf Nebenerwerb blieb durch die Wirtschaftskrise den meisten verwehrt, auch Gelegenheitsarbeiten wurden nun rar. Als sehr schwierig erwies es sich für die Eltern, Arbeitsplätze für die meist zahlreichen Kinder zu finden.

* Das Gastgewerbe wurde von der Krise voll erfaßt. Aufgrund der 1000-Mark-Sperre ging die Zahl der Touristen sehr stark zurück, zudem verminderte sich die Kaufkraft der Einheimischen deutlich. Wenn sie überhaupt ins Gasthaus gingen, gaben sie dort viel weniger aus. [...] Das Personal wurde deutlich reduziert, die ohnehin begrenzte „Saison“ noch kürzer. Die Bezahlung im Gastgewerbe war miserabel, wenigstens standen aber in den Augen der Bediensteten Essen, Trinken und ein Bett kostenlos zur Verfügung. In der umsatzschwächeren Zeit unterstützten dann die Kellnerinnen meist ihre Mutter im Haushalt und/oder in der Landwirtschaft.

* Handwerks- und Gewerbebetriebe sowie der Handel hatten sehr starke Umsatzrückgänge zu verzeichnen, die Zahl der Gesellen und Lehrlinge wurde deutlich reduziert. Die Lehrlinge erhielten in aller Regel keine Entlohnung ausbezahlt, mußten aber hart arbeiten. [...]

Die Mutter von Herrn Ä., die einen kleinen Textilladen betrieb, verkaufte an manchen Tagen nun nur mehr eine Nähnaedel und mußte die Verkäuferin entlassen. Man litt vor allem auch unter der sehr schlechten Zahlungsmoral, die allerdings schon vor dem Ausbruch der Wirtschaftskrise nicht allzu gut gewesen war; zum Teil erfolgte die Bezahlung überhaupt nur in Naturalien. [...]

Im Lebensmittelgeschäft konnte man nur dann auf Kredit einkaufen, wenn ein Einkommen vorhanden war. Herr Sch. erzählt: Da die Pension des Vaters gepfändet hätte werden können, war es der Familie möglich, im Lebensmittelgeschäft anschreiben zu lassen. Der Geschäftsinhaber gab ihnen aber mit dem Hinweis, daß sie ja Kartoffeln daheim hätten, kein Brot, sondern stellte nur wichtige Lebensmittel wie Salz oder Mehl zur Verfügung.

* Die Textilfabrik überstand die große Wirtschaftskrise auf den ersten Blick sehr gut. Die Löhne waren dort aber immer schon sehr niedrig gewesen; der Lohndruck war nicht zuletzt deshalb entstanden, da viele Bauerntöchter und -söhne bei ihren Eltern wohnten und somit über freie oder zumindest billige Unterkunft und Verpflegung verfügten. [...] Die Wirtschaftskrise und die zahlreichen Arbeitslosen, die nun um Arbeit anstanden, waren nicht gerade förderlich für soziale Verbesserungen im Betrieb. Exemplarisch mag der Bericht von Herrn U. dies verdeutlichen:

Nach der Ausschulung arbeitete Herr U. in der Landwirtschaft seiner Ziehmutter mit. Als Arbeitgeber wären nur die Landecker Textilfabrik und die „Continentale“ in Frage gekommen. Also stand er 1935/36 jede Woche zweimal vor der Textilfabrik um Arbeit an, die Schlange der Wartenden habe vom Verwaltungsgebäude „weit über den Bierkeller hinaus gereicht, es sind sicher weit über 100 Leute gewesen“. Als es soweit war, mußte die Ziehmutter mit ihm zum Dekan, der ihnen auch tatsächlich ein Befürwortungsschreiben für die Fabrik mitgab.

Er ging in der Folge zu Fuß vom Zammerberg (!) zu seiner neuen Arbeitsstätte und erhielt einen Stundenlohn von 25 Groschen ausbezahlt, was damals „den Kosten von einem Schildbrot“ entsprochen hat. Das Mittagessen in der Kantine oder im „Bierkeller“ – ein verbilligtes Arbeiteressen – kostete 1 S, womit der Lohn von vier Stunden verbraucht war. Er arbeitete von Montag bis Freitag von 7–12 und



von 13–18 Uhr. „Wenn man beim Saalmeister gut an war, hat man sich für Samstag oder Sonntag für Reinigungsarbeiten melden können.“ Sieben Stunden war dann von den Spinnkanälen der Staub zu entfernen sowie die Sprengler- und Befeuchtungsanlage zu putzen. Aufgrund der schweren Arbeit, bei der man einen Schutz vor Mund und Nase trug, wurden dafür 35 Groschen/Stunde bezahlt. Immer in Erinnerung bleiben werde ihm der Mädchenheimsleiter, der seine ägyptischen Zigaretten „nach drei Zügen weggeworfen hat“, woraufhin sich sofort vier, fünf Arbeiter darauf gestürzt hätten. Auf einer Karteikarte sei alles festgehalten worden. „Wenn man dreimal insgesamt auch nur eine Minute zu spät gekommen ist, war das ein Kündigungsgrund.“ Wer die acht Tage Urlaub in Anspruch genommen habe, sei nach der Rückkehr abgebaut gewesen: „Sie waren im Urlaub, der ist ihnen zugestanden, aber wir haben müssen ihren Platz neu besetzen.“ [...]

* Die Beamten wurden von der übrigen Bevölkerung angesichts der großen Arbeitslosigkeit um ihren sicheren Arbeitsplatz beneidet: „Da sind die Lokführer die gewesen mit den weißen Handschuhen, aber da ist man nicht so leicht hineingekommen, da hat man Beziehungen haben müssen“ (Herr A.). [...] Andererseits verweist der Schneider V. darauf, daß selbst die an und für sich nicht so schlecht gestellten Eisenbahner in den dreißiger Jahren „ihr Geld unter zweimal, manchmal unter dreimal bekommen“ hätten.

Die Beamten verweisen vor allem auf die sehr schlechte Bezahlung. Herr F., ein Postbediensteter, erzählt: Die Jahre zwischen 1934 und 1938 seien ein „ewiges Sparen“ gewesen, Fleisch habe es nicht einmal jeden Sonntag gegeben. Frau K., deren Vater Eisenbahner war, erinnert sich, daß es der Familie wirtschaftlich besser als anderen ging, zumal man auf einem Bauernhof lebte und für die Mithilfe immer etwas bekam. Der Vater habe auch Holz geführt, Herde gemauert und dadurch über ein kleines zusätzliches Einkommen verfügt. Auch die Mutter habe für ein Gasthaus Beeren gepflückt. Hartes Brot habe es allerdings nie gegeben, „in der Not gibt es kein hartes Brot“!

Tatsächlich war auch die Lage der Beamten, sofern sie nicht eine kleine Landwirtschaft hatten, nicht allzu rosig, vor allem dann, wenn es sich um eine kinderreiche Familie handelte.

SPISS, Landeck 1918–1945, 382–385

M 26 Radikalisierung der Bevölkerung im Gefolge der schweren Wirtschaftskrise

Die zunehmende Radikalisierung trat nicht nur im immer stärker werdenden Agitieren der Nationalsozialisten, sondern auch bei einer Tagung von rund 150 Handels- und Gewerbetreibenden des Bezirkes Landeck am 15. November 1931 im Hotel „Goldener Adler“ zutage.

Dr. Paul Stadelmann, der Direktor der Hauptbank, behauptete, die Arbeitslosenfürsorge koste den Staat jährlich hunderte Millionen, ohne daß er aber dafür auch nur die geringste Gegenleistung erhalte. Bei Einführung einer Arbeitsdienstpflcht gewöhnten sich die Arbeiter nicht an den für sie und ihre moralische Denkweise höchst gefährlichen Zustand, das Geld fürs Nichtstun zu erhalten. Das heutige Parlament würde aber diese Zustände nicht ändern, da dort die politischen Parteien säßen; diese gingen an die Lösung solcher Fragen nicht heran, da sie befürchteten, ihre Wähler zu verlieren. Der Redner erhielt für seine Wortmeldung lebhaften Beifall.

Der Abgeordnete des Bürgerlichen Ständebundes im Nationalrat, Max Werner, kritisierte die viel zu hohen Ausgaben des Staates. Das Bürgertum trage Mitverantwortung, da es sich nie viel mit Politik befaßt habe, die Parteien wirtschaften ließ und sich angeekelt zurücklehnte. Da aber Bürger und Bauern die Hauptträger der Lasten im Staat seien, könne man verlangen, mitzureden. Wie die Verhältnisse lägen, müsse eine radikale Umkehr und Neuordnung erfolgen. Der eigene Stand müsse sich fest zusammenschließen, nur dann biete er seinen Führern den nötigen Rückhalt. Nach seinen Schlußworten: „Wir müssen uns zusammenschließen und zusammenstehen, dann werden wir zur Gesundheit kommen!“, gab es stürmischen Beifall.

In der folgenden Debatte war zu hören, man müsse Stricke, aber neue kaufen, „es wäre schade, wenn einer dieser Lumpen noch los käme“. Ein Metzgermeister forderte, alle „politischen Lumpen“ ihm zu



bringen, er werde schon fertig mit ihnen werden. Ein anderer Diskussionsteilnehmer wiederum meinte, man solle doch „die regierenden Herren unter Arbeit stellen“, das sei die beste Strafe, wenn sie merkten, „wie Arbeit schmeckt“. Ein Kollege forderte, los zu marschieren, nicht lange zu verhandeln, das bringe überhaupt nichts.

Ein ehemaliger Stadtrat behauptete, die Mandatäre hätten nicht die Sorge um das Volk, sondern nur um das eigene Wohl am Herzen. Es werde Zeit, daß ein Diktator Ordnung schaffe, man müsse ein Volksgericht ins Leben rufen, „vor welches alle gehören, die sich am Volksvermögen bereichert haben“.

Der Landtagsabgeordnete Josef Hamerl beteuerte vergebens, nicht die Mandatäre wären an den Problemen schuld, sondern das Volk, weil es an die Abgeordneten Forderungen gestellt und so „deren Moral untergraben“ habe. Er stieß auf „stürmischen Widerspruch“ und wurde niedergebrüllt; Altbürgermeister Josef Alois Probst teilte ihm mit, daß er niemals zustimmen könne; auch er sei der Überzeugung, die Parteien und Mandatäre hätten versagt, sie sollten „das Heft aus der Hand geben“. Die Christlichsoziale Partei würde besser tun, sich auf das kulturelle Gebiet zurückzuziehen und „von wirtschaftlichen Dingen die Hand zu lassen“.

Einstimmig verabschiedete der „Handels- und Gewerbebund Landeck“ eine EntschlieÙung, von der die „zuständigen Kreise“ in Kenntnis gesetzt wurden:

„Wir fordern eine Verwaltungsreform. Die Zentralstellen sind abzubauen, die Zahl der hohen und höchsten Beamten ist auf jenes Ausmaß zu verringern, das einem armen 6-Millionen-Volk entspricht. Der Instanzenweg ist zu vereinfachen. Den Ständen ist Selbstverwaltung zu geben. [...] Unsere ganze Sozialversicherung muß umgebaut werden. Der Arbeitnehmer soll sich die Beiträge selbst zahlen und die Institute selbst verwalten. [...] Arbeitsdienstpflicht ist einzuführen. Was das kleine Bulgarien geleistet hat, zeigt, wie wertvoll sie sein kann. Unser ganzes Steuersystem ist grundlegend zu ändern. Wenige und einfache Steuern, dann kann der ganze Apparat entsprechend verkleinert und verbilligt werden. Die Wahlordnung ist so zu ändern, daß das souveräne Volk, von dem die Macht und das Recht im Staate ausgeht, auch wirklich etwas bei den Wahlen zu sagen hat. Spitzengehälter sind abzuschaffen und leitende Beamte in Staats- und Privatwirtschaft mit ihrem Vermögen und ihrer Person für die ordentliche Führung der Geschäfte haftbar zu machen. Dann wird es keine Creditanstalt-Affäre mehr geben. Wir verlangen, daß die Nationalbank in ihrer Zinsfußpolitik endlich die Interessen der österreichischen Wirtschaft wahrt und sie denen der Auslandsgläubiger voranstellt. Eine Hochhaltung der Bankrate auf 8 % bringt weder mehr Einlagengeld ins Land, noch schafft sie eine Verringerung des Kreditbedarfs und ist geeignet, unsere Wirtschaft umzubringen. Schließlich verringere man die Zahl unserer Vertreter im Nationalrat, den Landtagen und den Gemeindestuben. Unsere verschiedenen Landesregierungen werden auch mit weniger Leuten mehr und besser arbeiten. Auch Österreich wird den alten Erfahrungssatz nicht umstoßen, daß wenige, aber kluge Köpfe mehr leisten, als viele, die nur reden. Wir betonen endlich nochmals, daß wir nicht mehr gewillt sind, wenn unseren Forderungen nicht mehr Gehör geschenkt wird, noch lange zuzuschauen, sondern daß wir dann zur Selbsthilfe greifen wollen. Wir werden keinen Steuerstreik proklamieren, sondern einfach nicht mehr zahlen, weil wir nicht zahlen können. Dann ist es zu Verhandlungen zu spät. Kampfflos lassen wir uns aber nicht unsere Lebensarbeit, unsere Existenz und die unserer Kinder zugrunde gehen!“

**M 27** Ein interessanter Lösungsansatz: Das Wörgler Schwundgeldexperiment

Eine weit über den Tiroler Raum hinaus aufsehenerregende Initiative zur Überwindung der Arbeitslosigkeit und der wirtschaftlichen Not rief im Jahre 1932 der sozialdemokratische Bürgermeister Michael Unterguggenberger in Wörgl ins Leben. Er propagierte, gestützt auf entsprechende theoretische Überlegungen von Volkswirtschaftlern, in seiner von der ökonomischen Krise besonders betroffenen Gemeinde die Idee des sogenannten Frei- oder Schwundgeldes als Alternative zur damals praktizierten übermäßigen Sparpolitik. Für geleistete Arbeiten stellte man in Wörgl Arbeitsbeschäftigungsscheine aus, die von den Betrieben des Ortes und von der Gemeinde als Zahlungsmittel akzeptiert wurden. Die Besonderheit dieser Ersatzwährung lag darin, daß die Scheine monatlich ein Prozent ihres Wertes verloren, so daß jedermann bestrebt war, sie möglichst rasch in den Verkehr zu bringen, wodurch wiederum die Wirtschaft in einem beschränkten Kreislauf angekurbelt wurde. Das von der Bevölkerung sehr gut aufgenommene Experiment gelang insofern, als aufgrund dieser Aktion etwa ein Viertel der Arbeitslosen von Wörgl – immerhin an die hundert Personen – Beschäftigung fanden und öffentliche Bauten (Straßen, Brücken) errichtet wurden. Wörgl wurde über Nacht zum internationalen Wallfahrtsort der Nationalökonomien, und vor allem die ausländische Presse berichtete von der unkonventionellen Vorgangsweise, die auch benachbarte Gegenden zur Nachahmung reizte, bis das Experiment von der österreichischen Bundesregierung nach einigen Monaten wegen Verletzung des Banknotenprivilegs der Nationalbank verboten wurde. Dabei plädierten aber auch Mitglieder des Ministerrates angesichts der katastrophalen Lage der Staatsfinanzen dafür, sich ernsthaft mit dem Wörgler Versuch auseinanderzusetzen.

RIEDMANN, Das Bundesland Tirol, 916

M 28 Bundesrechnungsabschlüsse 1929–1937 (Angaben in Millionen Schilling)

Jahr	Ausgaben	Einnahmen	Überschuss/Abgang	Defizit in % d. BIP
1929	1.990,26	2.009,99	+ 19,73	-
1930	2.288,55	2.026,97	- 261,80	2,3
1931	2.330,66	2.008,52	- 322,14	3,1
1932	1.924,02	1.909,02	- 15,00	0,2
1933	1.493,65	1.252,10	- 241,55	2,7
1934	1.574,12	1.348,15	- 225,97	2,5
1935	1.450,33	1.293,54	- 156,79	1,7
1936	1.413,34	1.379,23	- 34,11	0,4
1937	1.454,32	1.382,77	- 71,55	0,7

SCHOBER, Tirol zwischen den Weltkriegen, 62


M 29 Die Finanzgebarung des Bundeslandes Tirol 1923–1938 (Angaben in Schilling)

Jahr	Erfordernis	Bedeckung	Überschuss/Defizit
1923	5.844.947,10	7.032.171,87	+ 1.187.244,77
1924	7.305.771,41	7.941.494,93	+ 635.723,52
1925	11.136.008,29	11.291.081,01	+ 155.072,72
1926	15.987.057,69	15.792.807,41	- 194.250,28
1927	19.805.420,39	17.845.269,84	- 1.960.150,55
1928	23.466.006,51	20.285.931,90	- 3.160.074,61
1929	23.702.392,39	22.042.227,45	- 1.660.164,94
1930	24.629.324,97	23.488.860,32	- 1.140.464,65
1931	25.104.189,97	22.737.966,39	- 2.366.253,58
1932	22.254.300,00	22.254.300,00	+/- 0
1933	19.412.774,00	18.844.300,00	- 568.474,00
1934	16.591.220,00	16.461.650,00	- 129.570,00
1935	16.263.090,00	16.266.460,00	+ 1.083.175,31
1936	16.353.160,00	16.356.322,00	+ 402.652,28
1937	16.686.420,00	16.686.740,00	+ 320,00
1938	17.102.325,00	17.112.860,00	+ 10.535,00

SCHOBER, Tirol zwischen den Weltkriegen, 373 f.

Bei den Jahren 1932–1934 und 1937 handelt es sich um Landesvoranschläge, weil die Akten keine Rechnungsabschlüsse enthalten. Für das Jahr 1938 liegt naturgemäß ebenfalls nur ein Voranschlag vor.

M 30 Arbeitslose in Tirol 1938/39

Monat	Registrierte Arbeitslose	Veränderung gegenüber dem Vormonat (%)
Jänner 38	17.011	
März 38	13.764	
April 38	10.613	-22,9
Mai 38	6.493	-38,8
Juni 38	3.278	-49,5
Juli 38	1.472	-55,0
August 38	1.378	-6,4
September 38	1.333	-3,3
Oktober 38	1.612	+20,9
November 38	1.774	+10,0
Dezember 38	1.542	-13,0
Jänner 39	1.493	-3,2
Februar 39	1.079	-27,7
März 39	841	-22,0
April 39	658	-21,8

SCHREIBER, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 36

**M 31** Übernachtungen und Fremdenmeldungen in Tirol im Jahresvergleich Sommer 1937/38

	ÜN gesamt	FM gesamt	davon FM Deutsche	davon FM Österreicher	davon FM Ausländer
Sommer 1937	1.719.387	386.176	65.632	166.142	154.402
Sommer 1938	2.733.939	704.417	538.524	98.221	67.672

SCHREIBER, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 56

M 32 Tirol als Konsumparadies für deutsche „Kraft durch Freude“-TouristInnen im Jahr 1938

Der internationale Qualitätstourismus, der viel Geld in Tirol liegen ließ, hatte sich im Sommer 1938 bereits wieder um die Hälfte vermindert und auch der österreichische Inlandstourismus war deutlich zurückgegangen (–56 %). Die kurze Aufenthaltsdauer, diese sank etwa in Innsbruck 1938 auf durchschnittliche 1,89 Tage, ist ein kleiner Hinweis auf ein gravierendes Problem, das der Strom der KdF-Reisenden, 1938 waren es knapp 102.000, mit sich brachte. Der einsetzende Tourismus bestand aus einer hohen Zahl Einkaufsfahrten KdF-Reisender, aber auch Individualreisender, die ihre größere Kaufkraft dazu nutzten, Konsumartikel oder Lebensmittel einzukaufen, die es im „Altreich“ schon längst nicht mehr gab oder die knapp waren. Das arme Tirol entpuppte sich für die deutschen Gäste als wahres Konsumparadies. Aber nicht nur in Innsbruck, auch in den Kreisen hamsterten, verschoben oder kauften die deutschen Touristen, was nur ging. An allen Orten des Kreises Imst, wo KdF-Reisende urlaubten, gab es Hamsterkäufe, klagte der Landrat. Über 300 Berliner KdF-Reisende, die sich zwei Wochen im Kreis Imst aufgehalten hatten, mußte er zu berichten, daß diese v. a. Butter, Kaffee und Honig in großen Mengen kauften und dabei jede nur erdenkliche List anwandten. Die Urlauber/innen schickten Kinder der Privatvermieter einkaufen, frequentierten, verschieden angezogen, mehrmals den selben Einkaufsladen, gaben Lebensmittel per Post auf, gingen direkt zu den Bauern oder fuhren sogar extra nach Innsbruck, um sich einzudecken. In einem einzigen Geschäft der landwirtschaftlichen Lehranstalt Imst kauften allein die KdF-Urlauber/innen, die sich übrigens „frech und herausfordernd“ verhielten, 60 kg Butter, 30 kg Käse und 20 kg Honig auf. Ganze Autoladungen voll Kaffee, Obst und Fetten verließen des Nachts klammheimlich Tirol. Daß die Bevölkerung über solche Zustände empört war und das Verhältnis zu den „deutschen Brüdern“ getrübt wurde, ist wenig erstaunlich. Allerdings wußten auch Einheimische aus der deutschen Mangelwirtschaft ihren Vorteil zu ziehen. Kaufleute, so z. B. im Kreis Reutte, deckten sich groß mit Lebensmitteln ein und verschoben diese an Händler aus Deutschland, wo durch die Lebensmittelverknappungen höhere Gewinnspannen zu erzielen waren. Die Behörden setzten deshalb auch zu Gegenmaßnahmen an: Gestapo und Gendarmerie schritten ein, die Kreisbauernschaft überwachte die Bauern und hatte entsprechende Maßnahmen einzuleiten, die Kaufleute erhielten strenge Weisung, Waren nur noch in kleinen Mengen abzugeben, bei Zuwiderhandlung drohte Fettentzug oder gar Schließung des Betriebs. Der Landrat von Landeck wies auch alle Bürgermeister an, Lebensmitteleinkäufe zu beobachten sowie Fahrzeuge und KdF-Busse zu kontrollieren bzw. zu beschlagnahmen, nötigenfalls auch mit polizeilicher Gewalt. Obwohl die Maßnahmen gegen Hamsterer nach Kriegsbeginn wesentlich verschärft wurden, hielt der Ausverkauf des Landes durch „altreichsdeutsche Meckerer und Hamsterer“ weiter an.

SCHREIBER, Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 56 f.



M 33 Warnung von Reichskommissar Josef Bürckel an die Geschäftsleute vor Preiserhöhungen (Mai 1938)

Gleich starke Beachtung wie das Lohnproblem verdient gegenwärtig die Art der Preisgestaltung. Besonders auf dem Gebiete der Ernährung wird hier gesündigt. Aber auch in anderen Sparten unserer Wirtschaft konnte eine Reihe geldgieriger Volksschädlinge die Preistreiberei nicht unterlassen. Es sind das zumeist Leute, die die Not des kleinen Mannes, des Arbeiters, des Erwerbslosen, noch nicht am eigenen Leib verspürt haben, sonst könnten sie nicht so unmenschlich sein und durch Preissteigerungen den Lebensstandard dieser Menschen noch hinunter drücken. Jeder weiß doch, wie groß die Not ist, und weiß aber auch, daß im Augenblick keinerlei Lohnveränderungen vorgenommen werden können.

Ich habe mich nun entschlossen, rücksichtslos in diesen Dingen durchzugreifen. Mehrere Geschäfte, die sich der Preistreiberei offensichtlich schuldig machen, werden mit sofortiger Wirkung geschlossen, wobei ich bemerke, daß kein einziges davon je wieder von dem gleichen Inhaber geöffnet werden wird. Die Verantwortlichen verdienen unnachsichtlich, daß man sie im KZ belehrt, wie man mit seinen Mitmenschen umzugehen hat. Unnachgiebige Härte gegenüber solchen Geschäftemachern bedeutet für die Notleidenden die gebotene Loyalität.

Für die Folge wird eine schärfere Überwachung durchgeführt, ohne daß diese allzu sehr in Erscheinung treten wird. Dadurch hoffe ich die Möglichkeit zu bekommen, innerhalb bestimmter Zeitabschnitte weiterhin die Geschäftswelt von Schädlingen zu säubern. Man möge sich also darnach richten.

So wie die Lohnangleichung in Österreich planvoll durchgeführt wird, so wird die Preisangleichung – und zwar handelt es sich hier in der Hauptsache um Preisverminderungen – planvoll durchgeführt werden.

Bürckel, Gauleiter und Reichskommissar

Innsbrucker Nachrichten, 30. Mai 1938

M 34 Aufruf zum Ernteeinsatz beim Großappell des NS-Studentenbundes in Innsbruck

Der Studentenfürher der Universität, Hans Fick, stellte einleitend fest:

„[...] So werden denn heuer 25.000 Studenten und Studentinnen auf die weiten Getreidefelder der Heimat hinausziehen, um auf ihnen einen Sieg zu erringen, wie ihn größer die Geschichte des Studententums nicht kennt. Der deutsche Student lebt heute kein Einzelleben mehr, er steht fest in der Gemeinschaft und kennt nur eines: Die Pflichterfüllung. Mit Freude nimmt er ein Mehr von Arbeit auf sich, um sich an diesen Aufgaben zu erproben und zu bewähren. Das Jahr über Arbeiter der Stirn, zeigt er in den Ferien als Arbeiter der Faust, daß sein Platz mitten im Volke ist. Die Mitarbeit am großen Werk des Führers wird ihm erst jene Reife geben, die ihn dann später befähigen wird, Dienst am deutschen Volke zu tun.“

Rektor Harold Steinacker richtete an die Studierenden die folgende Aufforderung:

„Jung-Kameraden und -Kameradinnen! Der Reichsstudentenfürher hat mit dem Versprechen, 25.000 Studenten zur Erntehilfe einzusetzen, sein Wort verpfändet im Vertrauen auf eure aufrechte Haltung, Euer Ehr- und Pflichtgefühl gegenüber Führer, Volk und Reich! Ihr wißt, das deutsche Brot muß eingebracht werden und ich bin überzeugt, daß ihr hier in Innsbruck mit unter den ersten sein werdet, dieses Wort einzulösen. Die Erfüllung dieser Pflicht wird für die meisten von euch ein Opfer bedeuten, denkt aber daran, daß die Volksgemeinschaft ein Recht hat, dieses Opfer von euch zu verlangen und daß die Arbeiter am Westwall ein viel größeres, in selbstverständlicher Bereitschaft freudig und mit verbissener Arbeitsenergie gebracht haben. [...]

Jeder Student kostet dem Reich ungefähr 3.000 Mark; Ihr seid somit im gewissen Sinn alle Stipendiaten des deutschen Volkes und es ist damit nicht unbillig, wenn diese Allgemeinheit sich an Euch wendet, wenn Not am Mann ist. Student sein, heißt, zusätzlich Arbeit leisten! Ihr werdet glücklich, zufrieden und bereichert zurückkommen. In der Lebensgemeinschaft mit den hart ringenden Bauern werdet Ihr den



Durchblick durch jene Schranken erleben, die früher die einzelnen Teile des Volkes voneinander trennten. Aus dem gemeinsamen Erlebnis kommt das wahre Versprechen. Wenn Sie in dieser Zeit Ihre beste Kraft eingesetzt haben, wenn Sie wahrscheinlich nicht die Bewunderung der Bauern für Ihre Leistung erreicht haben, aber den Willen, den Einsatz und die moralische Kraft, die Sie zeigen, wird dem Volksgenossen am Land Achtung abgewinnen und gegenseitiges Verstehen wird der größte Gewinn sein. So fordere ich Sie noch einmal auf: Folgen Sie dem Ruf, melden Sie sich zahlreich, setzen Sie Ihr Bestes ein, und so werden Sie den Dienst am deutschen Volke geleistet haben. In dem allen finden wir das Glück!“

Innsbrucker Nachrichten, 19. Juni 1939

M 35 Kampf des Nationalsozialismus gegen „Bettlerunwesen“ und „Arbeits scheue“

Der drückende Arbeitskräftemangel in der Wirtschaft ließ die Nationalsozialisten auch zu Kampagnen gegen Randgruppen wie „Bettler“ und „Arbeits scheue“ sowie zu sogenannten „Auskämmaktionen zur Erfassung unsichtbarer Arbeitsloser“ greifen. Armut und Not waren durch den „Anschluß“ natürlich nicht beseitigt worden, durften aber nicht im Straßenbild in Erscheinung treten. In seiner Funktion als Landeshauptmann forderte Hofer die Gestapo auf, schärfstens gegen das „Bettlerunwesen“ vorzugehen. Schutzpolizei und Kriminalpolizei stellten in Innsbruck zwar „Bettlerstreifen“, durchgreifende Maßnahmen wurden aber aufgrund des Personalmangels auf einen späteren Zeitpunkt verschoben. Bettler waren zum Teil Menschen, die sich der rigiden Arbeitsmoral der Nazis nicht unterwerfen wollten. Arbeitsverweigerer galten den Machthabern prinzipiell als gefährlich und bedrohlich. Deshalb wurde die Bevölkerung auch zur völligen Entsolidarisierung aufgefordert, denn die Nationalsozialisten waren bestrebt, jegliche Reste karitativen Denkens zu vertreiben:

„Alle Volksgenossen werden im Interesse des nationalsozialistischen Staates und der Ordnung sowie im Interesse der Bekämpfung aller arbeitsscheuen und asozialen Elemente ersucht, an Bettler keinerlei Almosen mehr abzugeben. Es ist ausdrücklich darauf hinzuweisen, daß Mitleid Bettlern gegenüber heute nicht mehr angebracht ist. Wenn Bettler zu euch, Volksgenossen, kommen, so übergebt sie dem nächsten Schutzpolizeibeamten.“

Die Militarisierung der Arbeit nahm nicht nur aufgrund der zunehmenden Möglichkeiten der Arbeitsdienstverpflichtungen zu, sie läßt sich auch an dem immer rigoroseren Vorgehen gegen „Arbeits scheue“ erkennen, denen neben der Zwangszuweisung einer Arbeit auch die Abschiebung ins KZ angedroht wurde. Als „Arbeits scheue“ sahen die lokalen NS-Behörden auch eine große Anzahl von Skilehrern an, da diese ihrer Meinung nach im Winter gut verdienten und dies noch dazu eher durch „sexuelle Überstundenbeschäftigung“ als durch harte Arbeit, während sie nach der Saison nur noch faul herumlungern würden. Den „sieben ärgsten Früchtchen“ ließ die BH Kitzbühel folgendes amtliche Schreiben zugehen:

„Laut durchgeführten Erhebungen ist es Ihnen, obwohl im neuen Staat jede Arbeitskraft dringend gebraucht wird, noch nicht gelungen, eine Beschäftigung zu finden. Es liegt daher der Verdacht nahe, daß sie eine eingewurzelte Abneigung gegen einen rechtschaffenen und arbeitsamen Lebenswandel haben. Sollte dies der Fall sein, so würde dies einen Widerspruch gegen die Anordnungen des Beauftragten für den Vierjahresplan darstellen. Sie haben sich binnen 48 Stunden nach Zustellung dieses Schreibens bei dem Arbeitsamt in Kitzbühel unter Mitnahme ihrer Dokumente vorzustellen und es wird Ihnen eine Arbeit zugewiesen werden. Sollten sie dieser Aufforderung keine Folge leisten oder die zugewiesene Arbeit nicht oder nur schlecht ausführen, so wird für diesen Fall der Antrag auf Abschub in das KZ gestellt werden.“

**M 36** Bericht über die Reichsarbeitsdienst-Lager Tarrenz und Nassereith

So erhält durch den Reichsarbeitsdienst die Zukunft der Nation ein einheitlich ausgerichtetes Gesicht: Der Städter bekommt das Verständnis für den Kampf um die Scholle, der Bauernsohn lernt die Endziele des nationalsozialistischen Reiches von der praktischen Seite her kennen, Erkenntnisse, denen er sonst, in einem in sich abgeschlossenen Raume lebend, nicht so leicht zugänglich gemacht werden kann. Stadtkind und Bauern lernen aber beide gemeinsam die Begriffe Kameradschaft, Gemeinschaftsarbeit, Ausschaltung der Einzelinteressen zugunsten der Gesamtheit und nicht zuletzt militärische Zucht und Ordnung, nicht nur als Erleichterung für den künftigen Dienst in der Wehrmacht, sondern auch als Schule fürs ganze Leben und als Voraussetzung für die Erziehung der Nachkommen.

Innsbrucker Nachrichten, 28. März 1939

M 37 Rede des Reichsorganisationsleiters Dr. Robert Ley beim 1. Jahrestag der Deutschen Arbeitsfront des Gaus Tirol-Vorarlberg in Innsbruck (22.1.1939)

Der Betriebsführer ist ausschlaggebend für den Geist seiner Gefolgschaftsmitglieder. Freilich, Betriebsführer zu sein, muß angeboren sein. Wirtschaftsführer hatten wir immer, Betriebsführer nicht. Die Partei will alle, auch den Betriebsführer, erziehen, will ihm zeigen, wie eine Gefolgschaft vernünftig zu leiten ist, will ihm Verantwortlichkeit und die Gesetzmäßigkeit und Ordnung der Dinge lernen. Der Führer muß auch hier Vorbild bleiben. [...]

Wir suchen uns nicht die Sonnentage heraus, sondern nehmen die Stunde, wie sie ist. Wir wissen, auf Sonne folgt Regen und auf Regen wieder Sonnenschein. Wir holen uns nicht das heraus, was uns bequem ist, sondern finden uns auch mit allen Unpäßlichkeiten des Alltags ab. Das Leben muß angepackt werden. Wer das Leben anders will, als es ist, der soll es sich auch anderwärts suchen, nur nicht bei uns. Bei uns muß geschafft und gearbeitet werden. Tempo, Tempo ist die Parole.

Das Tempo von heute ist viel zu langsam, es wird und muß noch anders werden. Wer dieses deutsche Vaterland als ein Jammertal bezeichnet, der versündigt sich an ihm und seinem Volke, der ist ein Landesverräter. Schöner wie unser deutsches Vaterland kann selbst das Paradies niemals sein. Aus unserer Lebensbejahung lieben wir unser Volk und unser Vaterland. Wir predigen die Kraft, Gesundheit und Tüchtigkeit, Fähigkeit, Berufserziehung. Wir predigen gesunde Wohnungen und schöne Schaffensräume. Immer ist es uns um das Volk zu tun und immer um das gesunde Volk.

Innsbrucker Nachrichten, 24. Jänner 1939, 1 und 5.

**M 38** Rede von Gauleiter Franz Hofer bei der Eröffnung der Industrie- und Handelskammer für Tirol am 7.8.1939

Wie zu den Arbeitern an der Mühlauer Brücke vor einigen Tagen, sagte der Gauleiter zu den hier versammelten Männern der Wirtschaft, daß der Sinn unserer ständig steigenden Leistung nicht eine etwas mehr gefüllte Lohntüte oder ein anschwellendes Bankkonto sein kann, sondern die erhöhte Widerstandsfähigkeit und Schlagkraft Deutschlands und die Vergrößerung unseres einmal gewonnenen Vorsprungs vor anderen Nationen:

„In diesem Sinne möchte ich die Aufgabe der Wirtschaft darstellen. Diese Aufgabe kann heute keine kapitalistische sein, sie kann wie jede Aufgabe unserer Tage nur eine intimste in der Bewegung des Führers stehende politische Aufgabe sein. Auch die Wirtschaft ist nur ein Werkzeug folgerichtiger und weltanschauender Volksführung. Ich bitte Sie, Männer der Wirtschaft, schaffen Sie mir in der Industrie- und Handelskammer für Tirol, mir und der Partei ein Werkzeug, tauglich und haltbar für alle Möglichkeiten.

Setzen Sie dieses Werkzeug jederzeit bis zur höchsten Leistungsmöglichkeit ein, setzen sie es aber immer und ausschließlich nur zum Nutzen des deutschen Vaterlandes ein. Damit machen Sie Industrielle und Kaufleute, die einmal, ob zu Recht oder Unrecht sei nicht erörtert, als Raffer und Verdiener angesehen wurden, zu deutschen Schaffenden und Arbeitern, und bedenken Sie, daß den Namen ‚Deutscher Arbeiter‘ nur der verdient, der bereit und befähigt ist, gerade in der heutigen Zeit, in den Jahren, die für unser Volk die Entscheidungsjahre für alle Zukunft bedeuten, seine Leistung noch immer mehr zu steigern. Es gibt für uns keine Gipfelleistung, weil es eine solche nicht geben darf, weil wir die Leistungsspitze von heute morgen noch übertrumpfen müssen.“

Innsbrucker Nachrichten, 8. August 1939



Diskussion der Materialien

M 1 bis M 4 Die Einwohnerzahl Tirols nahm zwischen den Weltkriegen um 21,2 Prozent zu (M 1). Das Bundesland lag damit prozentuell im Spitzenfeld der österreichischen Länder, nur Salzburg wies zwischen 1910 und 1939 ein stärkeres Wachstum auf. Der Zerfall der Monarchie wirkte sich vor allem auf die Bevölkerungsentwicklung Wiens sehr negativ aus, auch das Burgenland wies aufgrund einer stark negativen Wanderungsbilanz Bevölkerungsverluste auf (M 2). Die Situation in Tirol ist auf die hohe Geburtenrate, den starken Rückgang der Säuglingssterblichkeit aufgrund der Fortschritte bei der medizinischen Betreuung und den Anstieg der Lebenserwartung zurückzuführen (M 3). Tirol hatte bereits im Jahr 1910 den drittgrößten Anteil der im tertiären Sektor beschäftigten Bevölkerung und konnte diese Stellung in der Zwischenkriegszeit hinter Wien und Salzburg verteidigen. Sieben der neun Bundesländer waren stark agrarisch geprägt, in Wien dominierte der Dienstleistungsbereich knapp vor Industrie und Gewerbe. Vorarlberg war das einzige Bundesland, in dem der sekundäre Sektor im Vordergrund stand. Dieses Bundesland hat im Gegensatz zu Tirol die Entwicklung vom Agrar- zum Industrie- und Dienstleistungsland idealtypisch durchlaufen. Die im Jahr 1934 fortdauernde Wirtschaftskrise zeigt sich u. a. darin, dass der Agrarbereich in Wien und im Burgenland gegenüber 1910 sogar zugelegt hat (M 4).

M 5 bis M 7 Nach dem Ersten Weltkrieg ist die Lebensmittelversorgung in Österreich komplett zusammengebrochen. Es gab einen Mangel an Getreide und Kartoffeln, in Tirol fehlten zudem Futtermittel zur Mästung von Schlachtvieh. Bis Weihnachten 1918 sicherten Getreidelieferungen aus der Schweiz, die im Jänner 1919 fortgesetzt wurden, das Überleben der städtischen Bevölkerung. Ab dem Jahresende 1918 gab es (wenn auch nicht ausreichende) Hilfslieferungen der Siegermächte und anderer europäischer Staaten (vgl. M 5): „Sie alle brachten nur eine minimale Versorgung der Bevölkerung. Im Jänner 1919 standen für Normalverbraucher pro Kopf und Woche 140 Gramm Reis, 360 Gramm Kochmehl und 2.240 Gramm Brotmehl zur Verfügung. Die Verteilung erfolgte entsprechend der Zwangswirtschaft aufgrund von Lebensmittelkarten für Mehl, Brot, Zucker, Kaffee, Butter, Fett, Fleisch, Kartoffeln und Milch. Außerdem wurden Bezugskarten für Petroleum ausgegeben.“⁴⁵ Die Schwächsten, vor allem die Kinder, waren besonders vom Milchmangel betroffen: In Innsbruck hat man vor dem Krieg noch täglich 30.000 Liter Milch angeliefert, 1918 waren es noch 10.000, im Juli 1919 gar nur mehr 5.000 Liter. Aufrufe an die Bauern brachten meist angesichts eines scharfen Antagonismus zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen nicht das gewünschte Ergebnis, mochte man sie auch wiederholen und mit Drohungen untermauern (M 6). Die selbstbewusste Bauernschaft

fühlte sich in Zeiten des Mangels überlegen und forderte das Ende der zentralen Bewirtschaftung, durch welche sie gezwungen wurde, ein Kontingent von Milch und Fleisch gegen ein Entgelt zur Verfügung zu stellen. Die Bauern argumentierten, die erzielten Preise würden nicht einmal die Gestehungskosten abdecken, die KonsumentInnen bezichtigten die Agrarier wiederum des Wuchers und der Preistreiberei. Die Ernährungsfrage wurde auch parteipolitisch instrumentalisiert, die Sozialdemokratie sah sich als Interessensvertretung der städtischen KonsumentInnen (M 7).

Interessant ist ein Nebenaspekt:

Der Appell des christlichsozialen Landeshauptmanns Josef Schraffl an „das deutsche Herz des Tirolers“ (M 5) führt vor Augen, dass der Weg zu einem Österreich-Bewusstsein noch lang sein wird.

M 8 Nach dem Ersten Weltkrieg herrschte in Innsbruck aufgrund des starken Zuzugs eine drückende Wohnungsnot, die Mieten waren daher außerordentlich hoch. Nach der Annexion Südtirols mussten vor allem für von Italien abgeschobene Eisenbahner, Postler und Bauarbeiter in Nordtirol Unterkünfte geschaffen werden. Innsbruck verzeichnete Anfang der 20er Jahre die größte Wohnungsnot der österreichischen Städte. Zwischen 1919 und 1924 wurden in der Landeshauptstadt 225 Substandardwohnungen bereitgestellt, 144 Familien mussten in Eisenbahnwaggons leben. Obwohl die Stadt Innsbruck zwischen 1919 und 1930 82 Wohnobjekte mit 694 Wohnungen errichtete, mussten auch Ende der 20er Jahre noch viele Menschen in Notbaracken und Waggons ihr Leben fristen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Landesregierung bis 1928 überhaupt nur zwei Wohnhäuser errichtete. Sie wurde deshalb von den der sozialdemokratischen Partei scharf angegriffen, welche die Wohnbauaktivitäten des „Roten Wien“ als positives Gegenbeispiel hervorhob. Im bürgerlichen Lager herrschte die Grundhaltung vor, dass sich die öffentliche Hand auf wesentliche Verwaltungsaufgaben beschränken solle. Genau vor diesem Hintergrund ist M 8 zu sehen:

Die überwiegende Mehrheit der Eisenbahner gehörte zu den sozialdemokratischen Stammwählern, viele waren von der drückenden Wohnungsnot betroffen. Man sei bereit, „sich ins Vordertreffen zu stellen“, überzeugt, „in dem etwa erforderlichen Kampfe die breiten Schichten der Bevölkerung hinter sich“ zu haben. Die geforderte Investitionssumme von 500 Milliarden Kronen ist vor dem Hintergrund der galoppierenden Inflation zu sehen.

M 9 bis M 12 In Österreich brach wie in Russland, Polen, Ungarn, Griechenland und Deutschland nach dem Krieg die Währung völlig zusammen. Ursachen für die Entwicklung in Österreich waren der Zerfall der Monarchie, schlechte Ernten und industrielle Produktionsausfälle, vor allem aber der Anstieg der Zentralbankgeldmenge und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Für die Finanzierung der Defizite wurde ab Juli 1919 fast nur mehr die Notenbank herangezogen. Die größte Belastung stellten die Lebensmittelsubventio-

5 SCHOBER, Tirol zwischen den Weltkriegen, 135



nen dar, die in der Budgetperiode Juli 1920/Juni 1921 58 Prozent der Staatsausgaben beanspruchten. In der zweiten Jahreshälfte 1921 waren nur mehr 36 Prozent der Staatsausgaben durch Einnahmen gedeckt.

In den Jahren zwischen 1914 und 1921 verdoppelten sich die Preise jedes Jahr. Im Herbst 1921 gab es schon Preissteigerungen von mehr als 50 Prozent im Monat, im August 1922 verdoppelten sich die Verbraucherpreise bereits. Im Sommer 1922 erreichten die Verbraucherpreise das 14.000-fache der Vorkriegszeit. Das Geld wurde in großen Waschkörben transportiert, Bauern zündeten sich ihre Zigarren mit wertlosen Geldscheinen an.

Der Kronenkurs wurde auf den Devisenmärkten massiv gedrückt (M 9). Die Preise für Grundnahrungsmittel entwickelten sich höchst unterschiedlich: Ein Kilogramm Rindfleisch kostete am 31.7.1922 noch gleich viel wie Schweinefleisch; am 4.9.1922 wurden für das Rindfleisch 18.000 Kronen verlangt, für das Schweinefleisch hingegen 28.000 Kronen. Der Preis für Polentamehl hatte sich innerhalb der fünf Wochen verdreifacht, für Weizenmehl vervierfacht, für Roggenmehl gar verfünffacht. Der Preis für Reis war um das sechzehnfache angestiegen, Reis war damit ein Luxusartikel ähnlich wie Tee geworden. Da sich viele Menschen Bohnenkaffee nicht leisten konnten, waren sie auch von der Vervierfachung des Feigenkaffeeprices besonders stark betroffen. Aufgrund der Erntesaison vergleichsweise billig blieb mit den Kartoffeln ein Hauptnahrungsmittel. Für ein Ei waren Anfang September 1922 bereits 1.200 Kronen zu bezahlen (M 10). Die Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung erfolgte nur mit Verzögerung, was die ohnehin schwierige Situation vieler LohnempfängerInnen noch verschärfte: Mit dem Wochenlohn eines Tiroler Buchdruckergehilfen konnte man in der zweiten Septemberwoche 1922 nur mehr 112 Eier oder 10 kg Zucker oder 2 $\frac{3}{4}$ kg Butter kaufen (M 11). Viel stärker noch als die ArbeiterInnen waren aber die Angestellten und die Beamtenschaft von Einkommensverlusten betroffen, deren Bezüge der Teuerung besonders weit nachhinkten. Das Unternehmertum als typischer Geldschuldner stand eher auf der Gewinnerseite, die Schulden der Bauern waren praktisch gestrichen. Private Vorsorge sollte durch die Vernichtung der Geldwerte für lange Zeit diskreditiert bleiben (vgl. M 12). Alles in allem war es „eine brutale Umverteilung zu Lasten der Sparer, Geldvermögensbesitzer, Rentenbezieher und ‚Fixbesoldeten‘, also des Bürgertums“.⁶

M 13 bis M 15 Aufgrund des Kurssturzes der Krone wurde Österreich zum Preisparadies für AusländerInnen, die ihre Währung jeden Tag zum neuesten Kurs gegen Kronen eintauschen konnten (M 13). Diese TouristInnen waren auch bereit, viel höhere als die marktüblichen Preise zu bezahlen. Die „Innsbrucker Nachrichten“ berichteten in ihrer Ausgabe vom 24. August 1922, eine Engländerin habe am Marktplatz in Innsbruck 2.000 Kronen für ein Ei geboten (also etwa das Doppelte dessen, was Einheimische bezahlten), worauf aber die Polizei eingeschritten sei. Von einer ausländischen Familie

in Lans seien pro Kilo Butter 50.000 Kronen (etwa um ein Drittel überhöhter Preis) bezahlt worden. Dadurch wurde die Fremdenfeindlichkeit jedenfalls stark angeheizt, der Gast war wieder zum Feind geworden, dem man den Aufenthalt verwehren wollte. Zwar stand die Sorge um die Sicherstellung der Versorgung der einheimischen Bevölkerung mit Lebensmitteln im Vordergrund (M 15), Ressentiments aus dem Krieg, aufgrund der Friedensverträge oder der aktuellen Tagespolitik (vgl. Rheinland, M 14) spielten aber ebenfalls eine Rolle. Erst nach der Stabilisierung der Währung wurden TouristInnen wieder mit offenen Armen empfangen.

M 16 und M 17 Die Weltwirtschaftskrise hat Tirol voll erfasst, es kam zu einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit von 1930 bis 1933. Im Jänner 1933 waren fast 30 Prozent der ArbeitnehmerInnen arbeitslos, berechnet aufgrund des Anteils der vorgemerkten Arbeitslosen an den ArbeitnehmerInnen (M 16). Da sich ein Teil der Arbeitslosen aufgrund der hoffnungslosen Lage gar nicht mehr vormerken ließ, stellt dieser Wert nur eine untere Grenze dar. Zudem hatten viele Arbeitslose keinen Anspruch auf Unterstützung oder waren aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschieden, zumal sie den maximal möglichen Bezugszeitraum überschritten hatten. In den Jahren 1934–1938 sollte sich die katastrophale wirtschaftliche Lage nur unwesentlich verbessern.

Unter welch kärglichen Bedingungen die Familien Arbeitsloser leben mussten, zeigt M 17. Dabei ist zu bedenken, dass Richtlinien des Völkerbunds aus dem Jahr 1936 vorsahen, dass Menschen im Falle von 8 Stunden Arbeit 3.000 Kalorien pro Tag benötigen, bei völliger Ruhe immer noch 1.600 Kalorien.⁷ Fleisch, Butter oder Bohnenkaffee kamen kaum auf den Tisch, zur Verfügung standen vor allem Mehl, Maisgrieß, Maismehl, Kartoffeln, Milch und Margarine. Zu beachten ist auch, dass von den 19 S Durchschnittseinkommen/Haushalt/Woche ein monatlicher Mietzins von durchschnittlich 26 S bestritten werden musste.

M 18 und M 19 In der Quelle M 18 wird sehr treffend die private und die berufliche Situation der TextilarbeiterInnen Tirols in den 20er Jahren beschrieben. Der Bericht wurde in der sozialdemokratischen Volkszeitung gedruckt, die im Jahr 1929 mit einer Auflage von 6.200 Stück erschien. Der Artikel wurde mit dem Ziel verfasst, den Organisationsgrad der Gewerkschaft bei den TextilarbeiterInnen zu verbessern. Es ist davon die Rede, dass „nur ein ganz geringer Teil organisiert ist – und dies noch in zwei politische Richtungen“. Den Freien (sozialistischen Gewerkschaften) standen in der Ersten Republik die Christlichen Gewerkschaften gegenüber, wobei Erstere in Tirol vier- bis fünfmal so viele Mitglieder hatten.

Das Ziel, die Mitgliederzahl zu steigern, sollte aufgrund der Weltwirtschaftskrise aber nicht gelingen: Hatten die Freien Gewerkschaften 1924 in Tirol noch 19.416 Mitglieder, so waren es 1930 nur mehr 13.303.

6 SANDGRUBER, Ökonomie und Politik, 358

7 STEININGER, Autonomie oder Selbstbestimmung, 171



Der Zeitungsbericht führt exemplarisch sehr gut vor Augen, dass, obwohl die wirtschaftlichen Verhältnisse von der unmittelbaren Nachkriegszeit bis 1929 kontinuierlich besser wurden, die Arbeiterschaft davon nur sehr wenig profitierte. Die Lebensverhältnisse waren so trist, dass manche ZeitzeugInnen, die ihre Arbeit nicht verloren, die Weltwirtschaftskrise gar nicht als tiefen Einschnitt erlebten. Im Gefolge dieser Krise kam es allerdings häufig zu Lohnreduktionen und Kurzarbeit, wodurch sich die Lage vieler Beschäftigter weiter verschlechterte (M 19).

M 20 bis M 22 Die vier Paragraphen vom „Gesetz über die Beschränkung der Reisen nach der Republik Österreich“ (M 20) waren die Reaktion des nationalsozialistischen Deutschland auf die am 15. Mai verfügte Ausweisung des NS-Reichsjustizkommissars Hans Frank aus Österreich. Offizielle Begründung Hitler-Deutschlands war, deutsche Urlauber nicht Gefahr laufen zu lassen, gegen Bestimmungen wie das Verbot von politischen Uniformen, Fahnen oder Abzeichen zu verstoßen. Tatsächlich wollte man aber durch die Sperre den österreichischen Fremdenverkehr ruinieren, dadurch der Wirtschaft des Landes schweren Schaden zufügen und die Regierung massiv unter Druck setzen. Die politisch motivierte Maßnahme kam einem Verbot des Reiseverkehrs nach Österreich gleich, zumal der zu entrichtende Betrag nicht weniger als ca. 240 Nächtigungen mit Vollpension in einem Tiroler Gasthof entsprach.

Die Maßnahme bedeutete für den Tiroler Tourismus jedenfalls eine Katastrophe, wie sich bereits zu Pfingsten 1933 laut einem Zeitungsbericht der „Innsbrucker Nachrichten“ zeigte (M 21). Diese waren die größte Tiroler Tageszeitung der Ersten Republik und hatten im Jahr 1933 eine Auflage von ca. 18.000 Stück. Das Blatt, ursprünglich liberal/deutschnational ausgerichtet, befand sich zu diesem Zeitpunkt bereits stark im nationalsozialistischen Fahrwasser, was bei der Lektüre der Berichte zu berücksichtigen ist.

80 bis 90 Prozent der ausländischen Übernachtungen waren vor 1933 von Deutschen getätigt worden, die nun ausblieben. Hatte es in der Saison 1931/32 noch ca. 1,6 Millionen Nächtigungen von Deutschen in Tirol gegeben, so waren es 1933/34 nur mehr ca. 37.000 (M 22).

M 23 Während sich die Quellen M 19 – M 22 exemplarisch mit der Situation von Teilen des sekundären und tertiären Sektors im Gefolge der Wirtschaftskrise auseinandersetzen, vermittelt M 23 Einblicke in die Lage der Bauern. Es handelt sich dabei um einen Bericht des „Tiroler Anzeigers“ über die Generalversammlung des Tiroler Bauernbundes in Landeck am 8. Mai 1932. Diese Tageszeitung hatte zu diesem Zeitpunkt eine Auflage von 8.000 Stück und war das christlichsoziale Parteiblatt. Der Hintergrund, vor dem der Artikel entstanden ist, wird bereits in der Einleitung klargestellt: „Die breite Öffentlichkeit in den Städten“ könne sich „keine richtigen Vorstellungen machen“, wie schlecht es den Gebirgsbauern gehe.

M 24 und M 25 Diese beiden Quellen ermöglichen regionale Einblicke. Ein Artikel der sozialdemokratischen „Volks-Zeitung“ vom 9. März 1932 schildert die schlimme wirtschaftliche Situation im „Industriedreieck Wörgl-Kirchbichl-Häring“ (M 24). Dort lag der Schwerpunkt im Bereich der Metallindustrie und des Bergbaus (Braunkohleabbau in Häring); das Gebiet wurde von der Krise früher und stärker erfasst als die Industriegemeinden im Tiroler Oberland und im Außerfern. Der Landtag hatte aufgrund eines sozialdemokratischen Antrags schon im Dezember 1931 für das Unterinntaler Notstandsgebiet Winterhilfsaktionen beschlossen. Im Zeitungsartikel werden die Unternehmen kritisiert und die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten durch Maßnahmen der öffentlichen Hand verlangt.

Über die wirtschaftlichen Krisenjahre im Bezirk Landeck informiert M 25. Es handelt sich dabei um eine wissenschaftliche Analyse auf der Basis von ZeitzeugInnenbefragungen. Diese veranschaulichen Einzelschicksale, welche in Statistiken, auf welchen historische Darstellungen oft aufbauen, vielfach unterzugehen drohen.

Das Befürwortungsschreiben des Dekans für die Anstellung in der Textilfabrik weist in die Zeit des „Ständestaats“, in dem der Katholischen Kirche überaus starker Einfluss zukam.

M 26 Die Wirtschaftskrise erreichte im Jahr 1933 ihren Höhepunkt und führte unter anderem zu zwei nationalsozialistischen Erdrutschsiegen bei den Gemeinderatswahlen in Innsbruck und Landeck. Eine Radikalisierung breiter Schichten der Bevölkerung ist aber auch bereits lange Zeit vor der Ausschaltung des Parlaments durch Engelbert Dollfuß im selben Jahr greifbar.

Exemplarisch wird dies anhand einer Tagung von Handels- und Gewerbetreibenden aus dem Bezirk Landeck am 15. November 1931 deutlich, bei der Rufe nach Arbeitsdienstpflcht, einem Ordnung schaffenden Diktator und einem Volksgericht laut wurden. Die Entschließung des Handels- und Gewerbebundes enthält eine Reihe populistischer Forderungen und nimmt für sich in Anspruch, einfache Lösungen für komplizierte Probleme parat zu haben. Angedeutet ist der Kollaps der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe, zu dem es im Mai 1931 kam. Die Bank wurde vom Bund gemeinsam mit der Nationalbank und dem Haus Rothschild aufgefangen, wodurch die öffentliche Hand in den Besitz der Aktienmajorität gelangte.

M 27 bis M 29 In Wörgl mit seinen 4.200 EinwohnerInnen gab es im Frühjahr 1932 ca. 400 Arbeitslose. In der sozialdemokratisch regierten Gemeinde wurden im Jahr 1932 „Arbeitsbestätigungen“ im Wert von ein, fünf und zehn Schilling ausgegeben, die monatlich ein Prozent an Wert verloren. Durch dieses Wörgler „Schwundgeld“ sollte die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes erhöht und dadurch die Konjunktur angekurbelt werden. Tatsächlich gelang es, die Arbeitslosigkeit in Wörgl zwischen August 1932 und August 1933 um $\frac{1}{4}$ zu senken. Dieses Experiment wurde aber verbo-



ten, da es gegen das Banknotenprivileg der Nationalbank verstieß (M 27).

Die bürgerlichen Regierungen in Bund und Land verfolgten im Gegensatz dazu nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen der Inflationszeit eine konsequente Deflationpolitik und das Prinzip des Gleichgewichts von Einnahmen und Ausgaben. Selbst die SozialdemokratInnen argumentierten (im Gegensatz zu ihren Parteifreunden im Land) bis zum Sommer 1933 in Richtung einer ausgeglichenen Budgetierung und gegen Inflationsgefahren. Die Weltwirtschaftskrise brachte das Problem steigender Ausgaben (für die sozialpolitischen Aufgaben) bei sinkenden Einnahmen (durch den Rückgang der Steuereinnahmen) mit sich. Durch das Budgetsanierungsgesetz vom 3. Oktober 1931 wurden die Beamtengehälter um 6 Prozent reduziert, deren Pensionsbeiträge erhöht, Steuern angehoben bzw. neu eingeführt. Im Jahr 1932 konnte Österreich als einziges Land Europas fast ausgeglichen budgetieren. Die Maastricht-Kriterien der Europäischen Union sehen ein maximal erlaubtes jährliches Budgetdefizit von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes vor. Trotz der katastrophalen wirtschaftlichen Situation wäre diese Grenze nur im Jahr 1931 knapp überschritten worden (M 28).

Im Land Tirol haben sich die Gesamtausgaben zwischen 1925 und 1929 trotz der Deflationpolitik aufgrund des Kraftwerksbaus und des Ausbaus des Fremdenverkehrs verdoppelt. Der Finanzausgleich ging zu Lasten der Länder, zudem war Wien gegenüber den anderen Bundesländern deutlich bevorzugt, weshalb Tirol auch während der Hochkonjunktur des Jahres 1929 einen hohen Abgang zu verzeichnen hatte. Die Landespolitik malte daher das Gespenst einer drohenden Verschuldung an die Wand, konnte aber auch in Zeiten des Höhepunktes der Wirtschaftskrise kein ausgeglichenes Budget mehr vorlegen, zumal sich die aufgrund des Finanzausgleichs zustehenden Mittel rückläufig entwickelten. An Steuererhöhungen war nicht zu denken, daher wurden die Ausgaben im Sozialbereich drastisch gesenkt, man tätigte auch kaum mehr Investitionen. Auslandsdarlehen waren aufgrund kaum vorhandener Sicherstellungsmöglichkeiten schwer zu erhalten. M 29 zeigt aber, dass die Landespolitik eine viel zu rigorose Budgetpolitik betrieb, mit welcher man die Krise noch verschärfte. Betrug die Ausgaben im Jahr 1931 noch ca. 25,1 Mill. Schilling, so wurden sie bis ins Jahr 1935 auf 16,26 Mill. S zurückgefahren. Die restriktive Budgetpolitik wurde bis zum „Anschluss“ fortgesetzt.

M 30 und M 31 Dem Nationalsozialismus gelang die rasche Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Tirol, bereits im Sommer 1938 war diese praktisch überwunden. Bei den verbliebenen registrierten Arbeitslosen dominierten die Frauen, viele der Betroffenen waren nicht voll arbeitsfähig. Selbst für den Winter 1938/39 kann man von Vollbeschäftigung sprechen (M 30). Staatliche Arbeitsbeschaffungsprogramme, umfangreiche Baumaßnahmen, Wehrmachaufträge, der Auftrieb für den Tourismus, die Belebung der Binnennachfrage, aber auch die Einberufungen durch die Wehrmacht sind die wichtigsten Gründe für diese Entwicklung.

Die Erfolge wurden durch eine extreme Defizitpolitik erzielt: Nicht mehr äußerste Sparsamkeit, sondern ungezügelter Budgetausweitung und großzügiger Ausbau öffentlicher Einrichtungen standen nun im Vordergrund. Man hoffte, die Kosten auf die im nahenden Krieg besiegten Gegner abwälzen zu können.

Die Übernachtungen nahmen im Sommer 1938 gegenüber dem Vorjahr um 59 Prozent zu, die Fremdenmeldungen um 82 Prozent. Die kürzere Aufenthaltsdauer ist auf eine Verschiebung Richtung deutscher „Kraftdurch-Freude“-TouristInnen zurückzuführen, während sich der internationale Qualitätstourismus und der österreichische Inlandstourismus stark rückläufig entwickelten (M 31).

M 32 und M 33 Innerhalb des Deutschen Reiches konnten die Ersparnisse vielfach nicht produktiv veranlagt werden, zudem gab es in einer Reihe von Bereichen Versorgungslücken. Preise spielten in der durch zahlreiche Eingriffe gesteuerten deutschen Wirtschaft zum Teil nur mehr eine untergeordnete Rolle. Nach dem „Anschluss“, der den Wegfall der Transfer- und Devisenbeschränkungen mit sich brachte, kam es daher zu einem Ansturm von Deutschen auf österreichische Geschäfte und Gaststätten, aber auch auf österreichische Unternehmen und Realitäten. Das dreiste Verhalten KdF-Reisender veranlasste die Behörden zum Einschreiten (M 32) und trübte auch bei vielen Einheimischen die Anschlusseuphorie ein wenig.

Die Verknappungserscheinungen führten zu Preissteigerungen, die Partei konnte diese nicht in den Griff bekommen. Reichskommissar Josef Bürckel, der von Hitler alle Vollmachten zur Durchführung des „Anschlusses“ erhalten hatte, drohte den Handels- und Gewerbetreibenden daraufhin sogar mit dem Konzentrationslager (M 33). Dennoch sollten die Preise weiter steigen und der Mangel an Konsumgütern aufgrund des Schwerpunktes im Bereich der Rüstungs- und Schwerindustrie immer größer werden.

M 34 Für die ländlichen Unterschichten hatte es aufgrund der geänderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Möglichkeit gegeben, dem Dienstbotendasein zu entfliehen, wo man oft nur für Essen und Unterkunft arbeitete. Um den Spitzenbedarf an Arbeitskräften während der Erntezeit zu decken, griff der Nationalsozialismus auch auf die Hitlerjugend, den Reichsarbeitsdienst (vgl. M 36) und die Studentenschaft zurück. Im Sommer 1939 leisteten bereits 400 Studierende der Universität Innsbruck (= 70 %) einen einmonatigen kostenlosen Ernteeinsatz in Tirol, Vorarlberg, Kärnten und „Grenzgauen des Ostens“ (z. B. Niederösterreich/Niederdonau). Rektor Harold Steinacker begründet diesen Einsatz in seiner Rede beim Großappell des NS-Studentenbundes mit dem Gedanken der Volksgemeinschaft, durch welche Schranken, „die früher die einzelnen Teile des Volkes voneinander trennten“, aufgehoben würden. Der Studentenfürer Hans Fick verwendet die Begriffe „Arbeiter der Faust“ und „Arbeiter der Stirn“, die laut nationalsozialistischer Propaganda gleichberechtigt nebeneinander stehen sollten.



M 35 und M 36 Roman Sandgruber hat sehr treffend die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik beschrieben: „Gleichzeitig fortschrittsgläubig und rückwärts-gewandt, wachstumsbewußt, aber menschenverachtend, nur für ‚Herrenmenschen‘, die Schwachen ausmerzend, nicht nur die ‚Rassefremden‘, sondern auch die ‚Degenerierten‘. Produktivität und Rationalität kippten immer wieder und immer öfter in Wahn und Realitätsverlust, in der gigantischen Übersteigerung der Projekte wie in der Hoffnung auf Wunder aller Art, auf Wirtschaftswunder und Wunderwaffen.“⁸

Die angespannte Arbeitsmarktsituation (vgl. M 30) führte dazu, dass alle verfügbaren Arbeitskräfte für die „Arbeitsschlacht“ erfasst wurden. Konsequenz war eine Militarisierung der Arbeit, wodurch es zunächst zur Einschränkung und dann zur völligen Aufhebung der Freiheit der Berufs- und der Arbeitsplatzwahl kam. Menschen, die sich der „Arbeitsmoral“ der Nazis nicht unterwarfen, wurde das Konzentrationslager angedroht (M 35)

Eine wichtige ökonomische Funktion spielten der am 1. Oktober 1938 eingeführte Reichsarbeitsdienst und das „weibliche Pflichtjahr“ in der Land- und Hauswirtschaft, wodurch den Machthabern zahlreiche billige Arbeitskräfte zur Verfügung standen. Die Burschen des Reichsarbeitsdienstes wurden bei ihrer sechsmonatigen Tätigkeit vor allem bei Straßen- und Erschließungsarbeiten sowie der Einbringung der Ernte eingesetzt, die Mädchen in der Landwirtschaft. Dadurch sollte der Gedanke der Volksgemeinschaft gepflegt werden, aber auch eine vormilitärische Ausbildung erfolgen (M 36).

M 37 und M 38 Das Führerprinzip sollte auch im Wirtschaftsbetrieb gelten, wie der Führer der Deutschen Arbeitsfront (DAF) Robert Ley im Jänner 1939 in Innsbruck ausführte (M 37). Der DAF war die Aufgabe übertragen worden, die Integration der Arbeiterschaft in das NS-System zu bewerkstelligen, nachdem man die letzten Reste der ArbeitnehmerInnenvertretung zerschlagen hatte. In den Mittelpunkt wurde der Gedanke der Leistungssteigerung gerückt, die Anliegen und Wünsche der eigenen Person hatten zugunsten der Volksgemeinschaft in den Hintergrund zu treten. Aus den ArbeiterInnen sollte das Letzte herausgepresst werden.

Dass auch die UnternehmerInnen aufgrund der rhetorischen Aufhebung der Klassegegensätze zu ArbeiterInnen wurden, zeigt die Rede von Gauleiter Franz Hofer bei der Eröffnung der Industrie- und Handelskammer für Tirol im August 1939. Unmittelbar vor Kriegsbeginn gehalten („gerade in der heutigen Zeit, in den Jahren, die für unser Volk die Entscheidungsjahre für alle Zukunft bedeuten“), rückt sie mit den Schlagworten der erhöhten „Widerstandsfähigkeit und Schlagkraft Deutschlands“ und der „Vergrößerung unseres einmal gewonnenen Vorsprungs vor anderen Nationen“ nationalistische Ziele in den Vordergrund der Wirtschaftspolitik (M 38).

Literaturhinweise

- KOGLER, Nikolaus G., Zwischen Freiheit und Knebelung. Die Tagespresse Tirols von 1914 bis 1947 (Tiroler Wirtschaftsstudien 53), Innsbruck 2000.
- MATHIS, Franz, Die österreichische Wirtschaft. Grundlagen und Entwicklungen. In: Österreich im 20. Jahrhundert. Band 2: Vom Zweiten Weltkrieg bis zur Gegenwart, hg. von Rolf Steininger und Michael Gehler, Wien-Köln-Weimar 1997, 415–451.
- MELICHAR, Franz Georg/MASCHER Daniel Karl (Hg.), Quer denken. Tirol im 20. Jahrhundert. Materialien und Anregungen für den Geschichtsunterricht, Wien 2004.
- NUSSBAUMER, Josef, Die „Tausend-Mark-Sperre“ vom Mai 1933 und der Tiroler Fremdenverkehr. In: Tirol und der Anschluß. Voraussetzungen, Entwicklungen, Rahmenbedingungen 1918–1938 (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 3), hg. von Thomas Albrich, Klaus Eisterer und Rolf Steininger, Innsbruck 1988, 307–330.
- RIEDMANN, Josef, Das Bundesland Tirol (1918 bis 1970). Geschichte des Landes Tirol Bd. 4/2, Innsbruck 1988.
- SANDGRUBER, Roman, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995.
- SCHOBBER, Richard, Tirol zwischen den Weltkriegen. Teil 1: Die Wirtschaft (Veröffentlichungen des Tiroler Landesarchivs 11), Innsbruck 2005.
- SCHREIBER, Horst, Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Nazizeit in Tirol (Geschichte und Ökonomie 3), Innsbruck 1994.
- SPISS, Roman, Landeck 1918–1945. Eine bisher nicht geschriebene Geschichte (Schlern-Schriften 307), Innsbruck 1998.
- STEININGER, Rolf, Autonomie oder Selbstbestimmung? Die Südtirolfrage 1945/46 und das Gruber-De Gasperi-Abkommen (Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte 2), Innsbruck 2006.